

AIB

Sonderheft 2/85

2DM

LIBANON

Besatzung und Widerstand



Inhalt

Nahost-Solidarität ist alles andere als exotisch! II

Ivesa Lübben-Pistofidis

Israels Libanonpolitik der „Eisernen Faust“ IV

Daten V

Plattform der Nationalen Demokratischen Front des Libanon VI

Wolfram Brönner

Die FRNL – Avantgarde des Volkswiderstands VIII

Interview mit A. Hosein (Amal) IX

Das Beispiel Libanon X

Schlußfolgerungen der 3. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission

Israels Besatzerpraktiken haben System XV

Politische Gefangene XVII

Das Massaker von Zrariyeh XVIII

Gerhard Stuby

Besatzerwillkür gegen die Palästinenser XX

Peter Gingold

Was jüdische Antifaschisten so betroffen macht XXII

Material- und Aktionsspiegel XXIII

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionschluß: 18. April 1985

Anzeigen: DFG-VK, EPK

Fotografische: G. Blank, W. Brönner, FRNL, FMLN/FDR, AIB-Archiv, ADN

Titel: Fotomontage zu Besatzung und Widerstand im Libanon



K. D. Fischer, Nahost-Verantwortlicher des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) auf der Bonner Kommissionssitzung

Vom 16.-31. Dezember vergangenen Jahres reiste eine Fraktions- und Parteidelegation der Grünen in den Nahen Osten (Libanon, Syrien, Jordanien, Westbank und Israel).

Eher zurückhaltend stellten Jürgen Reents und Ulrich Tilgner damals in einer vorläufigen Dokumentation fest, sie habe „mehr öffentliche Aufmerksamkeit gefunden als jede andere außenpolitische Aktivität zuvor. Sowohl innerhalb der Grünen als auch außerhalb ist sie vor allem auf Kritik gestoßen.“

Ausgesprochen verlogen und diffamierend war zu jener Zeit die gesamte bürgerliche Journaille über diese Reisegruppe hergefallen. „Wenn man ein so schlechtes Echo erreicht, muß man was falsch gemacht haben.“ (Zitat aus der zur Reise anberaumten öffentlichen Fraktionssitzung der „Grünen im Bundestag“ vom 5.2.1985, die wohl ein Tribunal hätte sein sollen.)

Was hatte sie „falsch“ gemacht, diese Gruppe, der u.a. die Bundestagsabgeordneten Gaby Gottwald und Jürgen Reents, die Europaparlaments-Abgeordneten Brigitte Heinrich sowie das Bundesvorstandsmitglied Ali Schmeisser angehört hatten?

Sie hatten sich nach 14tägigen intensiven Gesprächen und Ortsbesichtigungen in den genannten Ländern eine Position erarbeitet oder bestätigen lassen müssen, wie sie von weit mehr als 100 UNO-Mitgliedsstaaten seit langem vertreten wird: „Voraussetzung für Fortschritte auf dem Wege friedlicher Lösungen ist der vollständige, bedingungslose Rückzug Israels aus dem Libanon...“

Die Grünen dürfen keinen Zweifel daran lassen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht aller Völker der Region anerkennen, daß sie für den Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon eintreten,

daß sie sich für die Anerkennung der PLO auch durch die Bundesregierung einsetzen.“ (Reents vor der Fraktion)

Warum also die Aufregung? Etwas war neu und bedrohlich: Zum ersten Mal seit dem Ausscheiden der KPD im Jahr 1953 hatten Mitglieder des Bundestags in einer der für den BRD- und US-Imperialismus sensibelsten Fragen eine derart unmißverständlich klare Position bezogen, erstmals auch neben Kommunisten und der „traditionellen Linken“ eine weitere relevante Strömung der Friedensbewegung. Vom „braunen“ Grünen (zionistische und Rechtspresse) bis zum „Russenknecht“ (aus den „eigenen“ Reihen) reichte die hysterische Reaktion.

Der antizionistische(?) jüdische Professor und Neu-Grüne Dan Diner gab als erster der drei vor die Fraktion geladenen „Experten“ die Richtung an:

„Sich Objektivität anmaßen heißt, sich aus der Geschichte fortschleichen.“ „Hinter dem Wunsch nach Objektivität und Normalität steht etwas Bedrohliches: Auschwitz.“ „Was man als Deutscher tun kann? ...besser schweigen!“

Doch gerade durch Auschwitz sei sie eine Linke geworden, entgegnete Gaby Gottwald, sei sie Antifaschistin, Antimilitaristin, Internationalistin, Vertreterin unterdrückter Minderheiten geworden: „Meine Lehre aus Auschwitz: nie als Mitläuferin mitschuldig werden.“

„Verschwörung des Schweigens“...

Völlig konträr war jetzt, 3 Monate später Ende März d.J., die öffentliche Resonanz, als etwa 100 Persönlichkeiten aus 31 Ländern zur 3. Sitzung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der israelischen Verbrechen gegen das palästinensische und libanesische Volk“ in Bonn zusammentrafen.

Schweigen im Walde, als hätte Goebbels bei einer Reichspressekonferenz den Finger auf den Mund gelegt. Ein Kronanwalt, ein Oberster Richter, Völkerrechtswissenschaftler, ein Justizminister, Parlamentsabgeordnete, Experten verschiedener politischer Richtungen und mehrerer Länder – eine solche Ansammlung ist halt schwerlich mit dem Etikett „neuer linker Antisemitismus“ zu versehen. Da ist dann schon besser Totschweigen angesagt. Eine Ausnahme machte die Allgemeine jüdische Wochenzeitung: „Koalition des Hasses zu Gast in Bonn.“

Der „Verschwörung des Schweigens“ (Felicia Langer) war natürlich eine Verschwörung der Mächtigen dieses Landes vorausgegangen. Eine Verschwörung, die

älter ist, als diese Kommission, die hier aber im Hintergrund ihre Pressionsmöglichkeiten zumindest andeutet.

Das reichte im nationalen Rahmen – im internationalen verpuffte sie. Mit einer rühmlichen Ausnahme blieben sozialdemokratische Funktionsträger dem Unterstützerkreis für diese Bonner Sitzung fern. Ohne Ausnahme erhielten alle Mitglieder und Gäste der Kommission ihre Einreisevisa, trotz z.B. 15-jähriger Haft in israelischen Gefängnissen, trotz z.B. langdauernder Haft im „Terroristen“-KZ Ansar und sogar ohne international gültige Reisedokumente.

Trotz allem – wieso diese jeweils „einstimmige“ Reaktion der Medien, diese heftige Auseinandersetzung bei den Grünen, diese „Scheu“ der linken Sozialdemokraten, dieses Desinteresse(?) bei anderen Kräften der Friedensbewegung?

Sicher, die Fronten zwischen zentral-amerikanischen Völkermordregimes und katholischen Basisgemeinden, zwischen weißen Rassisten und verhungerten schwarzen Kindern, zwischen wahllos mordender Soldateska und Freiheitskämpfern sind offensichtlicher. Sie sind leichter zu erfassen als der zuweilen undurchsichtige, jedenfalls komplizierte Frontenverlauf im Nahen Osten.

Dennoch: Hat sich nicht die Friedensbewegung in ihrer großen Mehrheit die (technisch und politisch) komplizierte Bedeutung der Erstschlags- und Enthauptungsfähigkeit der Pershing II angeeignet, die Air-Land-Battle- und die „Star Wars“-Konzeptionen des US-Imperialismus? RDF, WHNS usw. sind doch fast schon allgemein geläufige Kürzel.

Und die wirtschaftliche, militärische, globalstrategische Bedeutung des Nahen Osten für den (US-)Imperialismus ist alles andere als unbekannt. Sie ist wesentlicher Hintergrund der Schnellen Eingreiftruppe der USA (RDF), des bundesdeutsch-amerikanischen Hilfsabkommens im Fall von Krise und Krieg

(WHNS, von 1982), von Air-Land-Battle 2000 (wenn nicht mehr als das – doch das soll hier nicht aufgerollt werden).

Daß Szenarios des letzten aller Kriege in der Regel von einem nahöstlichen „Sarajewo“, „Gleiwitz“ oder „Tonking“ ausgehen, ist zumindest den Aktivisten der Friedensbewegung geläufig.

Und doch: Die als „Gesamtschuld“-Trauma in den Köpfen hängengebliebene „Bewältigung“ des Nazi-Faschismus durch seine nach wie vor herrschenden Finanziere vernebelt oder verstellt den Blick.

...gegen die Libanon-Kommission

Die Kontroverse zwischen Diner und Gottwald aufgreifend, behaupte ich, daß derjenige, der – gerade im 40. Jahr der Befreiung Deutschlands (8. Mai 1945) vom Nazi-Faschismus – über Auschwitz spricht, über Dachau und Buchenwald nicht schweigen darf. In Dachau, dem ersten und „Modell“-KZ der Nazis, wurden jene inhaftiert, gefoltert und gemordet, die gegen den Antisemitismus schon kämpften, als er noch kein staatliches Massenmordprogramm geworden war: Kommunisten, linke Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Christen. Sie waren die ersten „Juden“ des deutschen Faschismus.

In Buchenwald befreite sich eine Aktionseinheit der gleichen Kräfte kurz vor Kriegsende selbst von den SS-Wachmannschaften. Wer sich bewußt in diese politische Tradition stellt, aktiv mitwirkend an antifaschistischen, antirassistischen, antiimperialistischen Bündnissen, und vorrangig der überlebenswichtigen Anti-Reagan-Koalition – wie unsere Vorgänger an der Anti-Hitler-Koalition (UdSSR, Großbritannien, USA, Frankreich) –, der ist mit keinem noch so abgefäimten Vorwurf („linker Antisemit“, „Russenknecht“ o.ä.) einzuschüchtern oder aufzuhalten.

Auschwitz war nur möglich nach Dachau und fand ein Ende durch die Rote Armee. Jeder beweist durch seine Taten, in welcher Traditionslinie er steht – noch niemand hat in diesem Land gefordert, 20 Mio sowjetische Opfer zwingen zum Schweigen gegenüber sowjetischer Politik.

Stattdessen Stationierung einer „Enthauptungs“-Kapazität als „Vergangenheitsbewältigung“. Noch fast jeder in diesem Lande hat gefordert, Vergleiche der zionistischen mit Nazi-Methoden zu unterlassen – angesichts von „Blitzkriegen“, Gestapo-Methoden, KZ, Politik

der „Eisernen Faust“ (vor 40 Jahren hieß das „Verbrannte Erde“).

Cui bono? Wem nützt es? Jedenfalls überhaupt nicht den ums pure (Über-)Leben kämpfenden Völkern des Nahen Ostens, einschließlich des „anderen Israel“.

Und wer mit unverstelltem Blick auf den Befreiungskampf im Nahen Osten schaut, wird Erstaunliches, Beispielhaftes wahrnehmen.

Da gelingt es einer nationalen Koalition (einschließlich der nationalen Bourgeoisie) dieses kleinen libanesischen Volkes, der imperialistischen Vormacht die erste militärische Niederlage seit Vietnam (und besonders unter Reagan!) beizubringen und sie aus dem Land zu werfen. Da geschieht das Gleiche mit der modernsten, am meisten kriegs- und sieg-erprobten Armee der Region, der Israels, die mit den modernsten, je auf dem „Schlachtfeld“ erprobten konventionellen Waffen ausgerüstet ist.

Nicht „nur“ aus Gründen der Humanität, der Solidarität müssen wir diesem Kampf zur Seite stehen – er geht gegen jene, die die Lunte in Händen halten, an deren anderem Ende die Pershing II in unserem eigenen Lande hängen.

Peter Gingold, Jude, Kommunist, Kämpfer gegen die Nazis in der Resistance, sagte in seinem Schlußwort in Bonn: „...vor allem werden wir diese Fakten zur Kenntnis in allen Bewegungen bringen ... und vor allem der Friedensbewegung hier begreiflich machen, daß das Schicksal der beiden Völker Palästinas und des Libanon unser Schicksal ist, daß von dort aus der Weltbrand ausgehen kann, der unseren Planeten in leblose atomare Asche verwandelt. Aus eigenem, elementarem Friedensinteresse gehört der nationalen Befreiungsbewegung des libanesischen und palästinensischen Volkes die ganze Solidarität.“

Zwar mußte Gerhard Stuby realistisch feststellen: „Noch lange nicht haben die Völker die Kraft wiedererlangt, die zur Anti-Hitler-Koalition führte.“ Seine Schlußfolgerung allerdings ergibt sich zwingend – nicht nur für die Lösung dieses „regionalen“ Konflikts: „Einer solchen Kraft wird es jedoch bedürfen, um den Nahostkonflikt zu lösen, in dessen Mittelpunkt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und des Rechts auf einen eigenen Staat und damit die Befreiung des palästinensischen Volkes steht.“

Es gibt keine regionalen Konflikte mehr – die angestrebte „Endlösung“ von Reagan & Co ist globaler Art. Handeln wir entsprechend. Noch ist Zeit.

Klaus D. Fischer





Israelische Kolonne auf „Strafaktion“ im Südlibanon: Die Massakerpolitik der „Eisernen Faust“ wird auch in bereits geräumtes Gebiet getragen

Ivesa Lübben-Pistofidis

Israels Libanonpolitik der „Eisernen Faust“

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß Israel uns den Libanon auf einem silbernen Löffel serviert.“ Das war die Reaktion Walid Junblatts, des Führers der Libanesischen Sozialistischen Fortschrittspartei, auf die Ankündigung des israelischen Truppenrückzugs aus dem Libanon im Januar d.J.

Junblatt sollte recht behalten. Denn trotz der Schläge, die die israelische Armee im Südlibanon hat einstecken müssen, bleiben die Kriegsziele der Regierung Peres bestehen. Zwei Entwicklungen, die seit Beginn des israelischen Truppenrückzugs im Februar d.J. die politische Landschaft des Libanon prägen, bestätigen das: der Putsch Samir Geageas gegen die politische Führung der phalangistischen Kataeb und die israelische Politik der „Eisernen Faust“ im Südlibanon.

Geageas Putschversuch

Am 12. März d.J. putschten die Forces Libanaise (Libanesische Streitkräfte), der militärische Arm der Phalangisten, unter ihrem Kommandanten Samir Geagea gegen die politische Führung unter dem libanesischen Präsidenten Amin Gemayel.

Geagea, der fast 20.000 Mann unter seinem Befehl hat, besetzte in wenigen Stunden fast alle Teile des sog. christlichen Ghettos – Ostbeirut und die Gebiete um Jounieh und Byblos – und kontrolliert inzwischen ca. 80% der christlichen Enklave.

Konkreter Auslöser war eine Zusage Amin Gemayels gegenüber dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam. Auf

deren Gipfeltreffen in Bikfaya vom 5.3.1985 hatte Gemayel in die Sperrung des phalangistischen Kontrollpunktes in Barabak an der Küstenstraße Beirut-Tripoli, in dem die Syrer 20 km von den eigenen Stellungen in Nordlibanon entfernt eine militärische Herausforderung sahen, eingewilligt. Für die Forces Libanaise waren die Zölle, die sie auf alle Waren, die Barabak passierten, erhoben, eine der wichtigsten Finanzierungsquellen.

Auf dem Bikfaya-Gipfel, der nach langer Pause das erste Mal wieder alle Minister der „Regierung der Nationalen Einheit“ (in ihr sind seit dem Frühjahr 1984 alle Bürgerkriegsparteien vereint; siehe AIB 5/1984, S. 12-15) an einen Tisch brachte, beschloß die libanesische Führung unter Anwesenheit und Vermittlung Khaddams die Abschaffung fast aller Sondervollmachten.

Diese Gesetzesdekrete sind von der vorausgegangenen Regierung Wazzan verabschiedete Ausnahmegesetze. Mit deren Hilfe hatte die Kataeb versucht, dem Libanon ihre Alleinherrschaft aufzuzwingen, sich den Zugriff auf die Staatsfinanzen zu verschaffen und den politischen Handlungsspielraum der Linken



weitgehend einzuschränken. Die Abschaffung von 30 der umstrittenen 53 Dekrete und die Abschwächung der restlichen Dekrete kam dem offenen Eingeständnis Präsident Gemayels gleich, daß er sich außerstande sah, das phalangistische Projekt im Libanon zu verwirklichen.

Aber die Differenzen zwischen Gemayel und seiner einstmaligen militärischen Hausmacht gehen viel weiter. Gemayel hatte sich unter dem Druck der libanesischen Nationalbewegung und der mit ihr verbündeten Syrer gezwungen gesehen Schritt für Schritt von der eigentlichen politischen Linie der Kataeb abzurücken.

Noch 1982 hatte er mit der Hilfe der israelischen Invasionstruppen die Nachfolge seines ermordeten Bruders Bechir Gemayel als Präsident des Libanon angetreten und sich darangemacht das Programm der Phalange in die Praxis umzusetzen: Politik der freien Marktwirtschaft, Errichtung der Hegemonie der maronitischen Bourgeoisie mit faschistischen Herrschaftsmethoden, Antiarabismus, Verwandlung des Libanon in einen Truppenstützpunkt der USA, Abschluß des Khalde-Separatabkommens vom 17. Mai 1983 mit Israel (siehe: AIB 7-8/1983, S. 30ff.), der libanesischen Variante der Nahost-Separatabkommen von Camp David/Washington 1978/79. Dies alles provozierte jedoch die Vereinheitlichung und das Anwachsen der Nationalbewegung.

Zugeständnisse Gemayels...

Die Kämpfe im Schuf im September 1983, die Aufstände in West- und Südbeirut im Februar 1984 und das Erstarren der Widerstandsbewegung im von Israel besetzten Südlibanon veränderten jedoch das innerlibanesische Kräfteverhältnis radikal.

Im Verlauf dieser Kämpfe wurden den drei wichtigsten Stützen Gemayels, den USA, Israel und den phalangistischen Milizen selber, heftige Schläge versetzt. Die US-Truppen mußten im März 1984 den Libanon verlassen. Israels Besatzungsarmee sah sich zu immer neuen Rückzügen und Frontbegradigungen gezwungen bis hin zu dem Beschluß des einseitigen Truppenrückzuges vom Januar 1985 (siehe: AIB 3/1985, S. 4-6). Und die Phalangisten sowie die mit ihnen verbündeten Teile der libanesischen Armee mußten sich aus dem Schuf und Westbeirut zurückziehen.

So seiner wichtigsten Machtstützen beraubt, sah sich Gemayel in dem Dilemma, entweder abzutreten, und damit entgegen seinem eigenen Programm zu handeln, oder den Forderungen der Nationalbewegung Schritt für Schritt

nachzugeben.

Um seinen Präsidentenstuhl zu retten, entschied er sich für das letztere. Er bestätigte auf den Nationalen Versöhnungskonferenzen in Genf (November 1983) und Lausanne (März 1984) die Arabität des Libanon. In Lausanne erklärte Gemayel sich zu Änderungen des politischen Systems bereit, kündigte das Abkommen von Khalde mit Israel, verbesserte die Beziehungen zu Syrien, das im Nord- und Ostlibanon rund 30.000 Mann (Arabische Friedenstruppen) stationiert hat.

Präsident Gemayel erklärte sich schließlich auf dem Bikfaya-Gipfel mit der Abschaffung bzw. Abänderung der Sondervollmachten einverstanden.

...gegenüber der Nationalbewegung

Das mußte natürlich Widersprüche in den eigenen Reihen hervorrufen. Diese mündeten schließlich in den offensichtlichen von Israel inspirierten Aufstand Samir Geageas.

Letzteres räumt übrigens selbst Gemayel ein, der bei seinem Besuch am 23. März 1985 in Damaskus gegenüber dem syrischen Präsidenten Assad einräumte, daß die Bewegung Geagea eine israelische Bewegung gegen seine „arabische Willenserklärung“ sei.

Alle Führer der Bewegung wurden in Israel ausgebildet und sind bekannt wegen ihrer engen Beziehungen zur israelischen Regierung und ihrem Geheimdienst MOSSAD. Unter ihnen sind die Verantwortlichen für die im September 1982 verübten Massaker von Sabra und Schatila. Und am Tag nach dem Putsch vom 12. März d.J. wurde ein israelisches Schiff im Hafen Jounieh gesehen, das die Rebellen mit Nachschub versorgte.

Die Forderungen der Rebellen treffen sich so auch mit Plänen der Regierungen der USA und Israels, den Libanon auf religiöse Sektenbasis zu teilen, um ihn einfacher beherrschbar zu machen. Die Rebellen fordern zur angeblichen „Demokratisierung der christlichen Gesellschaft“ einen christlichen Nationalrat – was nichts anderes ist, als der erste Schritt zur Schaffung einer Art Parlament eines christlichen Ministaates im sog. „Ghetto“.

Zweitens wenden sie sich in Anspielung auf die libanesisch-syrischen Beziehungen gegen eine ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon, woraus der syrische Vizepräsident Khaddam zurecht den Schluß zog, daß die „Bewegung von seiten Israel gegen Syrien gerichtet ist“.

Parallel zu dem Aufstand in Ostbeirut begannen die Phalangisten in dem gerade erst von israelischen Truppen geräumten Saida mit massiven Angriffen. Diese wa-

ren auf die moslemischen Viertel der südlibanesischen Hafenstadt und auf die benachbarten Palästinenserlager Ain-Al-Hilweh und Mieh-Mieh gerichtet.

Die Israelis hatten ein Neuaufflammen des libanesischen Bürgerkrieges nach der ersten Phase ihres Teilrückzuges (Mitte Februar d.J.) und dadurch die Schwächung der Nationalbewegung, aufkeimende Widersprüche zwischen Libanonesen und Palästinensern sowie die Fortsetzung des Desintegrationsprozesses des Libanon erhofft.

Aber stattdessen herrschte unter allen am Ort ansässigen Kräften, von der Nationalen Demokratischen Front (siehe Plattform) und der Amal (siehe Interview mit Ali Hosein) bis hin zu den moslemischen und christlichen Würdenträgern, von den örtlichen Kräften der Fatah über die marxistische Volksfront und Demokratische Front bis hin zu den Fatah-Rebellen, die Erkenntnis vor, daß nur der gemeinsame Kampf aller den israelischen Rückzug erzwungen hat. Und einig war man sich in der Auffassung, daß dieser Erfolg nicht wieder durch zweitrangige Widersprüche und Zusammenstöße zunichte gemacht werden dürfe.

Gerade diese Auseinandersetzungen will Israel nun mit seinen Marionetten der Bevölkerung von Saida aufzwingen. In den östlichen Stadtteilen zwangen die Force Libanaise massenhaft Moslems, ihre Häuser zu räumen, was einen Exodus von 30.000 Menschen auslöste. Währenddessen entführten in den Christenvierteln undurchsichtige Figuren immer wieder Menschen – Versuche, die Christen gegen die Moslems und die Moslems gegen die Christen aufzuhetzen. Nach den Bombardierungen der Palästinenserlager haben 90% der Bevölkerung Ain Al-Helweh und ein Drittel der Lagerbewohner Mieh-Mieh verlassen.

Hinter diesen Zusammenstößen verbirgt sich kein in erster Linie innerlibanesischer Konflikt, sondern eine neue Kriegserklärung Israels. Dies beweist schon allein die Tatsache, daß die Force Libanaise von Gebieten aus operieren, die bislang noch nicht von Israel geräumt wurden.

Die israelische Armee stellt ihnen ihre Artillerie und Logistik zur Verfügung. Die verletzten Phalangisten werden in israelischen Krankenhäusern behandelt und Minister Ariel Sharon selbst besuchte am 26.3.1985 das Hauptquartier der Phalangisten im Südlibanon, um die Operationen zu überwachen.

Auf Versammlungen in den Stadtteilen Saida und der umliegenden Dörfer distanzieren sich Christen wie Moslems von den Kämpfen und bekannten sich zur Einheit des Libanon. Der maronitische Erzbischof von Saida, Ibrahim

Libanon-Daten

Fläche: 10.400 qkm

Bevölkerung: 3,3 Mio, zuzüglich 1,2 Mio Libanonesen mit Sitz im Ausland; hinzu kommen rund 500.000 Palästinenser

Religion: Die Mehrheit der Bevölkerung gehört dem Islam an (über 50%). 1/3 der Libanonesen sind schiitische, 1/5 sunnitische Moslems, 1/4 maronitische Christen. Bedeutsam sind ferner die moslemischen Drusen, die katholischen und griechisch-orthodoxen Christen

Amtssprache: Arabisch

Währung: Libanesisches Pfund (LL); 1 LL = 0,35 DM (Stand Dezember 1984)

Staatsordnung: In der präsidentialen Republik Libanon gilt gemäß dem Nationalpakt von 1943 ein konfessioneller Proporz. Demnach stehen in der Abgeordnetenkammer von 99 Sitzen den Christen 54, den Moslems 45 zu, muß der Staatspräsident ein maronitischer Christ (seit 1982 Amin Gemayel), der Ministerpräsident ein sunnitischer (Raschid Karamé) und der Parlamentspräsident schiitischer Moslem sein.

Wirtschaft/Soziales: Außergewöhnlich starker Dienstleistungssektor, der rund 2/3 des Bruttosozialprodukts und der Erwerbstätigen ausmacht. Traditionell stark und attraktiv für das Auslandskapital sind Handel, Tourismus, Banken- und Versicherungswesen. Die nationale Industrie ist schwach entwickelt (27% der Beschäftigten). Die vom Großgrundbesitz geprägte Landwirtschaft (Getreide, Früchte, Gemüse) deckt 1/3 des Innenbedarfs, bei nurmehr 11%-Beschäftigtenanteil (1960 noch 38%).

Vormals Finanzzentrum des Nahen Ostens, krankt der Libanon nach den zerstörerischen Kriegen 1975/76, 1978 und 1982 an Kapitalabfluß, verdreifachter Auslandsverschuldung (1982: 213 Mio Dollar) und einem enormen Handelsbilanzdefizit (1982: 2,5 Mrd Dollar). Haupthandelspartner sind die EG, Japan, die USA und die arabischen Ölländer.

Die Lebenserwartung liegt bei 65 Jahren, die Analphabetenrate bei 23%.

Geschichte:

- 636 Arabische Eroberung
- 1516/17 Türkische Eroberung
- 1860 Intervention Frankreichs
- 1916-41 Französisches Kolonialregime
- 1941 Proklamierung der Unabhängigkeit
- 1943 Konfessioneller Nationalpakt
- 1946 Abzug französisch-britischer Truppen
- 1958 US-Intervention
- 1975/76 Bürgerkrieg und Stationierung Arabischer Friedenstruppe (syrisch)
- 1978 Kriegszug Israels im Südlibanon
- 1982 Libanonkrieg Israels: Belagerung Beiruts, PLO-Austreibung aus Westbeirut und dem Süden
Stationierung einer NATO-Streitmacht (USA)
Erste bewaffnete Aktionen der FRNL gegen Besatzer
- 1983 Separatfrieden Gemayel-Israel
US-Militärintervention um Beirut
- 1984 Nationalbewegung erobert Westbeirut, Abzug der NATO-Streitmacht
Regierung Karamé kündigt Separatabkommen mit Israel und unterstützt Befreiungskämpfer des Südens
- 1985 Einseitiger Rückzug Israels in drei Phasen

Helou, erklärte, daß „diese Gruppen einen israelischen Plan ausführen“.⁴ Und dies nicht nur in Saida...

Der israelische Truppenrückzug ist verbunden mit Massakern, Bombardierungen von Dörfern und Massenverhaftungen. Wir haben es zu tun mit der Politik der sog. „Eisernen Faust“, der zionistischen Form der etwa im US-Vietnamkrieg 1964-73 vollführten „Politik der verbrannten Erde“.

Mit der Politik der „Eisernen Faust“ verfolgt die Regierung Peres im Südlibanon das Ziel, der nationalen Widerstandsbewegung die Operationsbasis und die Unterstützung zu entziehen – durch Einschüchterung, Vertreibung und Eliminierung der Bevölkerung, unter deren Schutz und mit deren Hilfe die Widerstandskämpfer unerkannt operieren können. Denn den Besatzern ist es bislang nicht gelungen, wichtige Strukturen aufzudecken und der Widerstandsbewegung (siehe Beitrag zur FRNL) größere

Schläge zu versetzen.

Im Gegenteil, durch den einsetzenden israelischen Truppenrückzug hat der Widerstand noch Auftrieb erhalten. Indikator dafür: Meldeten die libanesischen Radiostationen noch Ende letzten Jahres durchschnittlich 3-4 Operationen pro Tag, so wurden allein im März dieses Jahres 240 Anschläge auf israelische Stellungen und die der Kollaborateure gezählt.

Was Israel besonders beunruhigt, ist, daß sich die Operationen auf den südlichen Grenzstreifen erstrecken, den die Regierung in Jerusalem bisher relativ fest unter Kontrolle ihres Quislings General Lahad, des Nachfolgers von Major Haddad, wähnte. Letzterer hatte 1978 nach dem israelischen Einfall in den Südlibanon seinen eigenen „Freien Libanon“ ausgerufen – praktisch eine israelische Kolonie.

Die Amal und ihr Führer Nabih Berri selber haben außerdem mehrmals ge-



Februar 1984; siegreiche Linksmiliz in Westbeirut

droht, daß, sollten die Massaker weitergehen, die libanesischen Widerstandsbewegung Ortschaften in Nordisrael angreifen werde.

Auch wenn den Israelis der Truppenrückzug aufgezwungen wurde, versuchen sie mit allen Mitteln, ihre Kontrolle über den Südlibanon aufrechtzuerhalten und

Plattform der Nationalen Demokratischen Front des

Am 10. Oktober 1984 stellte der Vorsitzende der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP) und Minister für öffentliches Bauwesen und Tourismus, Walid Junblatt, die politische Plattform der Nationalen Demokratischen Front (FND) der Öffentlichkeit vor. Der Kern der im August 1984 gebildeten Front umfaßt neben der PSP die Libanesisch-Kommunistische Partei (PCL), die Baath-Partei, die Syrische Nationale Soziale Partei (PSNS), die Demokratische Arabische Partei und die Arabische Sozialistische Union. Wir veröffentlichen im folgenden die wichtigsten Punkte dieser Plattform.

1. Verstärkung des Kampfes gegen die israelische Besetzung auf militärischer, ziviler und politischer Ebene sowie jede denkbare Unterstützung für den nationalen Widerstand in seinem Kampf um die Befreiung des Südens, von Westbekaa und Raschaya. (...) Bemühungen, um die arabische und internationale Unterstützung und Solidarität mit diesem Kampf zu gewinnen.

Hilfe für die Bewohner der besetzten libanesischen Gebiete in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, damit sie dem Terror und der Repression Israels und seiner Kollaborateure – seien es die Forces Libanaises (Libanesischen Streitkräfte), die Armee Lahads oder irgendeine andere Hilfstuppe – bis zum bedingungslosen Rückzug der Besatzungstruppen gemäß den Resolutionen des Sicherheitsrats standhalten können.

2. Kampf um die Wiedervereinigung und Souveränität des Libanon, Zurückweisung aller Teilungsvorschläge, der Föderierungs- oder Kantonisierungspläne, der religiösen Zerstückelung sowie Ablehnung der aus dem Bürgerkrieg hervorgegangenen demographischen Dreiteilung des Landes.

Konsequentes Eintreten für die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Dörfer als Vorbedingung für jede demokratische Lösung der libanesischen Krise, mit allen dazu erforderlichen Maßnahmen auf der Ebene des Kampfes gegen die faschistische Zielsetzung der

Phalangisten und gegen ihre Hegemonie in der Regierung und im Land.

3. Die Behauptung der arabischen Identität des Libanon (...), was mit einschließt, daß man sich vom Isolationismus und seinen Symbolen befreit sowie von allem, was der „politische Maronismus“ repräsentiert, diese geistige Strömung, die niemals nur für eine Konfession kennzeichnend war. Sie wurde im Gegenteil von zahlreichen Kräften und Personen aller Konfessionen geteilt, die sich auf die Errichtung des Konfessionsregimes geeinigt haben, und von denen jeder seinen Teil der Beute auf Kosten der Volksmehrheit eingestrichen hat. (...)

Die Behauptung der arabischen Identität des Libanon schließt sein Engagement im arabischen Befreiungskrieg gegen den Imperialismus, Zionismus und die Reaktion mit ein. In diesem Rahmen stellen die besonderen Beziehungen zwischen Libanon und Syrien die Grundlage für die arabische Identität des Libanon und sein Eintreten für die arabische Sache dar. (...)

Und in diesem Rahmen muß sich der Libanon auch für die Sache der Palästinenser engagieren. Sie ist das zentrale Anliegen des nationalen arabischen Kampfes, aber auch eine der Seiten des nationalen libanesischen Kampfes selbst. Dies geschieht insbesondere durch die Unterstützung des legitimen Kampfes, den das palästinensische Volk und seine fortschrittlichen Kräfte (...) um die Wiedererlangung seiner nationalen Rechte (...) unter Führung der PLO, seines einzigen legitimen Vertreters, führt. (...)

4. Verfolgung einer unabhängigen Außenpolitik, die Schluß macht mit der Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus und seine Pläne im Libanon und der ganzen Region. Der Libanon muß zu einem unabhängigen arabischen und souveränen Land werden, das eine Politik der Nichtpaktgebundenheit betreibt und beste Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers, vor allem der Sowjetunion, entwickelt.

5. Kampf um eine demokratische Reform

des libanesischen Regimes, die die konfessionelle Hegemonie endgültig beendet und den politischen Konfessionalismus gänzlich abschafft. Eine Reform, die die Grundlagen für eine wirklich demokratische Vertretung des Volkes nach dem Prinzip der Verhältniswahl und des einheitlichen Wahlbezirks schafft.

Eine Reform, die das Gleichgewicht zwischen der gesetzgebenden, exekutiven und juristischen Gewalt sowie in der Exekutive selbst herstellt. Eine Reform, die unserem Volk demokratische Freiheiten für seine politischen, gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen gibt und jedes Gesetz abschafft, das im Widerspruch zu diesen Freiheiten steht.

Wir betonen besonders die Notwendigkeit einer radikalen Reform der Armee, die die Möglichkeit erhalten muß, wieder ihre Rolle als einigende Kraft des Landes zu spielen. Eine radikale Veränderung muß in der Rolle der Armee, ihrer Zielsetzung, ihrer Ideologie und ihrer Struktur stattfinden (...), damit sie ihren Auftrag im Kampf um die Wiedervereinigung des Landes, bei seiner Verteidigung und der Erhaltung seiner Unabhängigkeit und Souveränität gegen seine zionistischen Feinde erfüllen kann, die es auf seinen Boden und seine Gewässer abgesehen haben. (...) Auf diese Weise muß die Armee ihren Beitrag zum Kampf um die Befreiung des nationalen Territoriums von der israelischen Besetzung leisten. (...)

Die völlige Abschaffung des Konfessionalismus und die Errichtung eines demokratischen laizistischen Regimes werden die notwendigen Bedingungen für die Aufhebung der Ungerechtigkeit sein, die die Mehrheit der Libanesen trifft. (...)

Unser Kampf (...) hat nicht das Ziel, eine konfessionelle Hegemonie durch eine andere zu ersetzen. Das Gegenteil von Hegemonie ist die Gleichheit der Rechte und Pflichten, die Garantierung der individuellen und kollektiven Freiheiten und die Respektierung von Meinungen und religiösen Überzeugungen. Das ist letztlich die Trennung von Re-

ihr altes Projekt des „Freien Libanon“ mit ausschließlich christlicher Bevölkerung, wiederzubeleben.

Ziel der Terrorkampagne ist die erzwungene Bevölkerungssegregation zwischen Christen und Moslems durch die Vertreibung der Schiiten aus dem Süden. Das zeigt das Massaker, das israelische Truppen am 10./11. März d.J. im bereits geräumten Dorf Zrariyeh verübten (siehe FRNL-Erklärung). Allein im März 1985 überfielen die israelischen Besatzungstruppen 30 schiitische Dörfer, wo sie hunderte Zivilisten ermordeten, Häuser, Felder und Lebensmittel zerstörten, um so den Menschen jede Lebensgrundlage zu entziehen.

Gleichzeitig behalten sich die Besatzungstruppen das Recht auf sog. Präventiv- (Vorbeuge-) und Vergeltungsschläge in den von ihnen geräumten Gebieten vor. Am 30. März d.J. überfielen israelische Panzer und Hubschrauber beispielsweise die Region Iqlim El-Tuffah und

richteten ein Blutbad an, dem 32 Menschen zum Opfer fielen. Das war bereits der siebte Einfall in Gebiete nördlich der neuen Frontlinien, die seit Beginn des israelischen Teiltrückzugs am 16. Februar 1985 bezogen worden waren.

Nach dem Putsch von Geagea und den Ereignissen in Saida stellt sich die Frage, ob ein Bürgerkrieg noch zu vermeiden ist. Zur Zeit versuchen sich die libanesischen Linke und die mit ihr verbündeten Syrer noch das weiter oben skizzierte Dilemma Gemayels zunutze zu machen und die offizielle Staatsführung zu Maßnahmen gegen die Putschisten zu zwingen, um so die Gefahr des Neuaufflammens des Bürgerkrieges so gering wie möglich zu halten und keine Vorwände für äußere Einmischungsakte zu bieten.

Gemayel hat bei seinem Besuch in Damaskus der syrischen Führung zugesagt, die Positionen der libanesischen Armee in Saida zu verstärken und das Problem Geagea binnen 2 Monaten zu lösen. Gleichzeitig hat die Linke aber wenig Vertrauen in die Entschlossenheit Gemayels, besonders angesichts der Tatsache, daß Gemayel gleichzeitig Verhandlungen mit den Rebellen über eine Aussöhnung zwischen der Kataeb und den Forces Libanaise führt.

Widerstand bis zum vollen Abzug

„Der Präsident meint, die Ereignisse eindämmen zu können, während wir vom Gegenteil überzeugt sind. Ein Kompromiß wird bestenfalls zur Einrichtung von Stellvertreterposten z.B. des Generalsekretärs führen. Diese Posten werden dann den Führern der Parteidissidenten zur Verfügung gestellt werden.“⁵ Dies meint Amal-Führer Nabih Berri, Minister für den Südlibanon.

Falls es nicht möglich ist, die Regierung zu zwingen, den Massakern Geageas ein Ende zu setzen, so wird den patriotischen Kräften des Libanon nichts anderes übrigbleiben, als selber einzugreifen. Gerüstet dazu sind sie. Und es sieht so aus, als ob Syrien – anders als 1976 – zur Unterstützung der Nationalbewegung bereit ist.

Mitte April d.J. wies die Koalitionsregierung in Beirut ein erneutes Verhandlungsansinnen Israels zurück und bekräftigte ihre unbeugsame Haltung gegenüber den israelischen Besatzern. Deren Politik der „Eisernen Faust“ erhärte nur die libanesischen Grundposition, daß Israel vollständig und bedingungslos das gesamte Territorium des Libanon zu räumen habe.

Die vollständige Befreiung des Südlibanon bleibt somit vordringliche, gemeinsame Aufgabe von libanesischen Regierenden und Widerstand.

EPK

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE
KORRESPONDENZ
Zeitschrift zur Theorie und Praxis
der Entwicklungspolitik

- Seit nunmehr 15 Jahren eine engagierte **Dritte-Welt-Zeitschrift**
- Berichte und Analysen über Armut und Alltag, Hilfe und Ausbeutung, Unterdrückung und Widerstand
- Pflichtlektüre, doch keine trockenen Lektionen
- Fünf **Themenhefte** im Jahr - z.B. **1984**:
 - 1/84 **Staudämme** (4,- DM)
 - 2/84 **BRD-Entwicklungspolitik** (6,- DM)
 - 3/84 **Gift und Geld: Pestizide** (4,- DM)
 - 4/84 **Togo 1884 - 1984** (4,- DM)
 - 5/84 **Brasilien: Aufschwung zum Schuldenberg** (4,- DM)
- Die EPK-Drucksachen:
 - Bd.1 **Deutscher Kolonialismus** (12,- DM)
 - Bd.2 **Siemens - Vom Dritten Reich zur Dritten Welt** (9,- DM)
 - Bd.3 **Sexploitation - Frauen in Asien** (neu 1985)

EPK - die Zeitschrift mit dem Rhino
Postfach 2846 - 2000 Hamburg 20



anion

igion und Staat und die Beseitigung der Hindernisse, die der wirklichen nationalen Integration im Wege stehen. (...)

Selbstverständlich könnte die aufrichtige Akzeptierung des Prinzips der Abschaffung des politischen Konfessionalismus einhergehen mit einem Zeitplan für die stufenweise Abschaffung und mit einer Prüfung der Garantien und Sicherheiten, die es erlauben, daß sie gleichzeitig in den Texten und in der Praxis vollzogen wird.

6. **Durchführung einer wirtschaftlichen und sozialen Reform**, die es ermöglicht, das Land aus der wirtschaftlichen Krise herauszuführen und die sozialen Folgen zu überwinden, die die Volksmassen zu tragen haben. Der Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft muß auf neuen Grundlagen erfolgen, die eine ausgewogene Entwicklung ihrer Sektoren gewährleisten. Die produktiven Sektoren müssen im Interesse der Volksmassen ausgebaut werden. Den Monopolen müssen Beschränkungen auferlegt werden, was ein verstärktes Eingreifen des Staates nach der Reform seiner Verwaltung erforderlich macht. (...)

Der öffentliche Sektor muß gefördert und ein Gesamtplan der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung durchgeführt werden. Gesetze zum Schutz der Rechte der Arbeiter müssen ausgearbeitet werden. Steuergerechtigkeit muß wiederhergestellt werden. Und man muß nach schnellen Lösungen für die schwerwiegenden Probleme wie Wohnungs-, Unterrichts- und Gesundheitswesen sowie die verschiedenen öffentlichen Dienste suchen.

Dabei kommt dem Staat eine besonders wichtige Rolle zu beim Wiederaufbau der durch die israelische Invasion, den Versuch der Errichtung der faschistischen Hegemonie und den Bürgerkrieg zerstörten Gebiete. Dies gilt auch für die Entschädigungen, die denjenigen zustehen, die Opfer im Kampf gegen die Okkupation und die sektiererische Hegemonie gebracht haben und noch jeden Tag bringen.

Wolfram Bröner

Die FRNL-Avantgarde des Volkswiderstands

Am 9. April d.J. raste unweit des südlibanesischen Dorfes Jezzín die Verkäuferin Sana Mheidleh mit einem sprengstoffbeladenen Peugeot in einen israelischen Militärkonvoi. Mit ihr fanden zwei Besatzungssoldaten den Tod, zwei wurden verletzt. Auf gleiche Weise hatte am 10. März d.J. ein Libanese unbekanntens Namens nahe Khiam, unmittelbar vor dem Grenzübergang zu Israel, 12 Soldaten eines israelischen Armeekonvois getötet, 20 verletzt.¹

Auch der verheerendste Anschlag gegen die israelische Besatzungsmacht überhaupt war eine Auto-Kamikazeaktion: Am 4. November 1983 wurde so das militärische Hauptquartier Israels in Tyrus in die Luft gesprengt, wobei es 63 Tote gab. Unmittelbar zuvor, am 23. Oktober 1983, waren bei Autoanschlägen auf die Beiruter Hauptquartiere der multinationalen westlichen Streitmacht 241 US-Marines und 58 französische Soldaten ums Leben gekommen.

Akte religiöser Fanatiker?

Zweifellos erzielten diese und ähnliche Aktionen des libanesischen Widerstands wegen ihrer Durchschlagskraft und Unwägbarkeit eine selten verunsichernde, abschreckende Wirkung.

Sie gaben mit dem Ausschlag dafür, daß sich im Februar/März 1984 die Interventionstruppen der USA und dreier anderer NATO-Mächte (Großbritannien, Italien, Frankreich) sowie Anfang 1985 auch die israelischen Besatzer zum überstürzten Abzug entschlossen; letztere nunmehr erklärtermaßen vorfristig zum

1. Juni 1985. Die Regierungen Peres und Reagan versuchen umso hartnäckiger zu suggerieren, es handle sich bei den Widerstandsaktionen im Libanon im allgemeinen um pure Akte des religiösen Fanatismus, um sog. antijüdischen Terrorismus „der Schiiten“.²

In Wahrheit sind sowohl die Aktionen selbst als auch die hinter ihnen stehenden Widerstandskräfte vorrangig patriotisch motiviert, wenngleich auch religiöse Kreise sie unterstützen. Dies gilt für beide Grundströmungen des Widerstands im Süden, die Nationale Widerstandsfront (FRNL) wie die vom Südlibanon-Minister Nabih Berri laizistisch geführte Amal-Bewegung (siehe Interview mit Amal-Führer Hosein).

Letztere rekrutiert sich zwar fast ausschließlich aus der unterprivilegierten schiitischen Bevölkerungsmehrheit des Südens und bemüht auch religiöse Antriebsfaktoren für den Widerstandskampf (relativ stärker seitens des von der Amal abgespaltenen fundamentalistischen Flügels, der Hezbollah-Partei Allahs). Dennoch richten sich die Angriffe von Amal wie FRNL fast ausnahmslos gegen militärische Einrichtungen bzw. Akteure der Besatzer und deren Kollaborateure (phalangistische Rechtsmilizen, Lahad-Söldner u.ä.). Und dies geschieht eindeutig unter Vorrangigkeit der gemeinsamen Zielsetzung:

Verteidigung der Bevölkerung vor den Unterdrückungs-, Willkür- und Massakerpraktiken der Besatzungstruppen; Mobilisierung und Ermutigung des Volkswiderstands für die vollständige Wiederherstellung der nationalen Souve-

ränität, Unabhängigkeit und Einheit. Diesem zutiefst patriotischen Befreiungsziel bleiben die unterschiedlichsten Aktionsformen untergeordnet. Sie sind von daher völkerrechtlich nicht minder legitim wie der Widerstandskampf der französischen Resistance gegen die Nazi-Besatzer im 2. Weltkrieg oder der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) gegen die südafrikanische Rassenarmee.

Ganz gleich mit welchen Mitteln auch immer den Sachwaltern Israels im besetzten Libanon begegnet wird, sie stellen keinen „Terror“, sondern vom Volk getragene legitime Verteidigungsakte gegen einen aufgezwungenen Terror von Besatzern, von Staatsterrorismus, dar (siehe AIB 4/1985, S. 4ff.).

Im übrigen ist es irreführend, wenn in westlichen Salonmedien (nebst taz) der Eindruck gepflegt wird, als gingen sämtliche Kamikazeangriffe und nahezu 100% aller bewaffneten Widerstandsaktionen des Südens von „schiitischen Fanatikern“ bzw. Kommandos aus.

Die Guerilla wurde...

Die eingangs erwähnten Sprengstoffanschläge auf israelische Militärkonvois beispielsweise wurden beide von der Nationalen Widerstandsfront (FRNL) verübt. Die Märtyrerin Sana Mheidleh (16 Jahre, Schiitin), Mitglied der Syrischen Nationalen Partei, begründete in ihrer Abschiedsbotschaft ihre Aktion mit den Worten:

„Trauert nicht wegen mir. Der Süden muß befreit werden... Mein ganzes Leben habe ich an eine revolutionäre Tat gedacht. Ich habe mich dafür entschieden, meine Pflicht gegenüber dem Süden zu erfüllen.“³ Die Beiruter Presse würdigte die patriotische Tat der Märtyrerin mit ihrer Benennung als „Braut des Südens“.

Die Amal ist seither gewiß gleichfalls zu einem machtvollen Faktor des Volkswiderstands im Süden geworden. Trotzdem gehen nach wie vor die meisten bewaffneten Aktionen von der FRNL aus. Ihr kommt ferner das unbestreitbare Verdienst zu, das Beispiel für

Freudentanz der Bevölkerung Saidas nach dem Abzug der Besatzer im Februar d. J. (l.); Trümmer eines israelischen Armeekonvois nach einem FRNL-Angriff in Grenznähe vom April d. J.



einen wirkungsvollen Widerstandskampf gegen die israelischen Besatzungstruppen 1982/83 erbracht zu haben. Sie war es auch, die die Nationalbewegung zum Vormarsch (Rückeroberung Westbeiruts im Februar/März 1984) ermutigte und die Befreiung des Südens schließlich zum Anliegen einer Massenbewegung entwickelte.

Am 16. September 1982 hatte die Front mit ihren ersten drei Angriffen auf israelische Militärpatrouillen inmitten Westbeiruts (im Stadtviertel Sanayeh), das damals noch von den Invasoren besetzt war, ihre Feuertaufe bestanden.

Diese Gründungsaktionen der FRNL wurden von Guerilleros der Libanesischen Kommunistischen Partei (PCL) alleine durchgeführt, deren Initiatorrolle vorerst im Dunkeln blieb. In zusehends kürzeren Abständen folgten dann in Zentren des Südens, in Saïda, Tyrus und den Berggegenden um Nabatiyeh, Marjayoun, Anschläge der FRNL-Guerilla auf israelische Militäranlagen, Konvois, Patrouillen und deren libanesischen Söldnertruppen.

Die Initiatoren hatten die FRNL von vornherein nicht als festen Organisationszusammenschluß, sondern als lose, nichtzentralisierte Kampfgemeinschaft zur Vertreibung der Besatzer und als sehr breite politische Front angelegt. Für den von zwischenkonfessionellen Gegensätzen und Konflikten überfrachteten Libanon war es bahnbrechend, daß die FRNL auf ihren nationalen Charakter, d.h. darauf bedacht war und blieb, Angehörige aller religiösen Gemeinschaften, der moslemischen wie der christlichen, in ihren Reihen zu vereinen.

...zur Volksbewegung

Sie sollte ebensowenig auf eine politische Kraft, etwa die marxistische Linke, begrenzt bleiben, sondern andere antizionistisch-antiimperialistische Gruppen und Massenorganisationen mit einbeziehen.

Bald erfuhr die FRNL-Guerilla aktive Unterstützung bzw. Beteiligung seitens des Gros der vormaligen Libanesischen Nationalbewegung, seitens der Sozialistischen Fortschrittspartei Walid Junblatts, der Organisation der Kommunistischen Aktion, der Syrischen Nationalen Sozialen Partei, der nasseristischen Arabischen Sozialistischen Aktion u.a.

Im ersten Jahr ihres Bestehens brachte es die FRNL auf ansehnliche 311 Operationen, mit denen nach offiziellem Eingeständnis Tel Avivs die Zahl der gefallenen israelischen Invasoren von 365 auf 530 erhöht wurde.

Am 14.8.1984 führte sie ihre 1000. Aktion gegen die Besatzungsmacht durch. Eine Gruppe von Untergrundkämpfern

attackierte nahe der Ortschaft Akbich eine Armeestation an der Straße Saïda-Tyrus, um nach 10minütigem Gefecht in der Bevölkerung unterzutauschen. Hatte es die FRNL-Guerilla im August 1984 auf monatlich 74 bewaffnete Aktionen gebracht, so steigerte sie unmittelbar nach dem ersten israelischen Teilrückzug dieses Jahres, im März 1985, ihre Einsätze gegen die Besatzer auf 240.

Damit unterstrich sie die Vorankündigung der gesamten Widerstandsbewegung und des sie unterstützenden Südlibanonministers Berri, den Widerstandskampf bis zur völligen Befreiung des Südens – die Zerschlagung von Lahads Söldnertruppen inbegriffen – fortzusetzen.

Das Anwachsen der Guerillaaktionen

Interview mit Ali Hosein (Amal) Die Israelis hinauswerfen



Ali Hosein (30), geboren in der libanesischen Stadt Baalbek im Bekaa-Tal, ist Mitglied des Politbüros der libanesischen militärisch-politischen Organisation Amal und verantwortlich für deren internationale Beziehungen.

FRAGE: Was wird jetzt im Süden des Libanon geschehen?

A. HOSEIN: Was jetzt geschieht, wird davon abhängen, ob sich die israelische Armee vom gesamten besetzten Gebiet zurückzieht oder nicht.

Israel will die Zone, die vorher von Saad Haddad besetzt war, und die jetzt Oberst Antoine Lahad hält, nicht aufgeben, sondern sie sogar ausdehnen. Es möchte die Phalangisten spalten und Probleme mit den „Blauhelmen“ (UN-Friedenstruppe UNIFIL; d. Red.) provozieren.

FRAGE: Was werden die Schiiten tun, um zu verhindern, daß der israelische Rückzug Probleme bringt?

A. HOSEIN: Die Amal ist keine schiitische Organisation. Sie ist die nationale Widerstandsbewegung des Libanon schlechthin.

Was die Amal tut, ist, sich gegen die Besatzer zu wehren, so wie es andere libanesischen Organisationen getan haben. Folglich haben wir Aktionen entfaltet, die auf die Vertreibung der israelischen Besatzer gerichtet sind.

FRAGE: Israel behauptet, daß seine Soldaten angegriffen wurden.

A. HOSEIN: Wir haben sie nicht eingeladen,

trotz der israelischen „Politik der Eisernen Faust“ (siehe Beitrag von I. Lübben-Pistofidis) wäre im übrigen undenkbar, würde sich nicht ein immer größerer Teil der Bevölkerung des Südens mit Massenprotesten, Generalstreiks gegen Verhaftungen oder Besetzungen, mit Aufständen gegen eindringende Besatzungstruppen (z.B. Anfang März d.J. in Maarakeh), Straßenblockaden usw. aktiv am Widerstand beteiligen.

Mit der vom Volkswiderstand erzwungenen Befreiung Saïdas und weiterer Gebiete des Südens im Zeitraum Februar-April 1985 (siehe AIB 3/1985, S. 4-6) ging der nationale Widerstand unverzüglich daran, diese Zonen als Basen für die Intensivierung der Operationen im äußersten Süden auszubauen. Zugleich

in den Libanon zu kommen, genausowenig wie die Europäer Hitler eingeladen haben, nach Europa zu kommen. Die Europäer nahmen sich das Recht, sich gegen Hitler zu verteidigen, und die Nazis aus Europa hinauszuerwerfen.

Das ist es, was wir im Libanon mit den Israelis tun.

FRAGE: Welche Möglichkeiten haben Sie, um zu verhindern, daß die israelischen Repressalien weitergehen?

A. HOSEIN: Wir müssen weiterkämpfen und die Aktionen gegen die israelische Armee verstärken. Wir sind Widerstandskämpfer. Wir haben die gleiche Ausdauer wie die Iraner.

FRAGE: Welches ist das politische Programm der Amal?

A. HOSEIN: Den Süden des Libanon verteidigen und von der feindlichen Besetzung zu befreien.

Die Spaltung des Landes verhindern. Dem palästinensischen Volk helfen, seine Rechte und sein Land wiederzubekommen. In der Gegenwart besteht im Libanon eine Situation der Versöhnung zwischen religiösen Bekenntnissen, die wir unterstützen.

FRAGE: Was denkt die Amal über das Hussein-Mubarak-Projekt?

A. HOSEIN: Wir weisen diesen Plan zurück, weil er ein Werk der Vereinigten Staaten ist und Washington die gerechte Sache der Völker niemals unterstützt.

FRAGE: Wem steht Amal näher: der UdSSR oder den USA?

A. HOSEIN: Wir sind Freunde eines jeden Landes, das unsere Sache unterstützt. Da die UdSSR uns unterstützt hat, sind wir Freunde der UdSSR.

FRAGE: Was hält die Amal von der Organisation Heiliger Islamischer Krieg und den Attentaten mit Auto-Bomben?

A. HOSEIN: Ich bezweifle, daß es eine solche Organisation überhaupt gibt.

Die Amal befürwortet weder die Geiselnahme von Journalisten noch von Diplomaten. Was die Autobomben betrifft, mit denen die Amal nichts zu tun hat, so sind das für uns keine Selbstmordakte. Wir befinden uns mit allen diesen Aktionen gegen Israel absolut in Übereinstimmung.

(Quelle: El Pais, Madrid, 28.3.1985)

Das Beispiel Libanon

Amel B. Krishah

Die Siege, die von der libanesischen Nationalbewegung errungen wurden, sind ein Beispiel, ein lebendiges, positives Beispiel für die Linie der Standhaftigkeit und des Widerstands gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion.

In der gesamten arabischen Welt, die im Schatten eines Kräftegleichgewichts liegt, das zum reaktionären Lager hin tendiert, gibt dieses lebendige Beispiel den militanten Kräften, die gegen den Zionismus und gegen die imperialistische Vorherrschaft in der Region kämpfen, neuen Mut. Im besonderen vermag es, diese Art von Ermutigung an die palästinensische Befreiungsbewegung weiterzugeben.

Auf der anderen Seite lassen die Imperialisten nichts unversucht, um zu zeigen, daß die gesamte Region völlig in ihre Hände gefallen sei. Sie, die Imperialisten und ihre arabischen Marionettenregierungen, suchen die Menschen zur Verzweiflung zu bringen. Sie suggerieren ihnen, daß jetzt mit Widerstandsaktionen nichts mehr zu machen sei, daß der einzige Weg der sei, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) „weißzuwaschen“, sie zum sehr gemäßigten, sehr angenehmen, sehr guten Partner zu präparieren.

Und das, was im Libanon vor sich geht, ist ein sehr eindrucksvolles Beispiel dafür, wie einheitlich unterschiedliche politische Organisationen und Kräfte vorgehen können im gemeinsamen Kampf gegen ihren Feind, den zionistischen, den imperialistischen Feind.

In den Massenveranstaltungen, in den Vorlesungen, in den Meetings, die in der Westbank stattfinden, unterstreichen alle Menschen, alle Redner die Wichtigkeit dessen, was im Libanon vorgeht, als ein Beispiel des opferbereiten Volkswiderstands mit allen Mitteln, dem man folgen sollte. Um für die palästinensische Bewegung den Sieg zu erringen, müssen wir unser Bündnis mit der libanesischen Nationalbewegung festigen, mit Syrien, mit unseren Freunden auf internationalem Gebiet.



Gesprächsrunde mit der palästinensischen Geschäftsführerin A. B. Krishah (r.) und der israelischen Rechtsanwältin F. Langer

Felicia Langer

Selbst der palästinensische Widerstand während des Libanonkrieges 1982 hat in Israel vielen die Augen geöffnet. Viele Israelis haben eingesehen, daß es keine andere Lösung als die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser gibt, weil die Palästinenser nicht aufgeben. So trugen die Standhaftigkeit und der Heroismus der Palästinenser in den 1967 okkupierten Gebieten und im Libanon dazu bei, daß sich die Friedenskräfte in Israel etwas konsolidierten.

Der heldenhafte Kampf des libanesischen Volkes war und ist noch immer ein anderer stimulierender und ein schmerzhafter Faktor, weil die Israelis hier mit Blut bezahlen. Der Mythos der Überlegenheit des israelischen Soldaten, die arrogante Selbstüberschätzung – diese Legende wurde durch die Libanesen und die Palästinenser zerstört.

Ein Teil der israelischen Öffentlichkeit hat plötzlich verstanden, was wir seit Jahren gesagt haben. Die Dinge bewegen sich im Nahen Osten und in Israel, allerdings nicht so rasch und weitgehend wie wir es uns wünschen. Aber wir müssen den Fortschritt der israelischen Friedenskräfte sehen. Und der gesamte Kampf im Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten ist dabei ein Antriebsfaktor.

1985 waren es offiziell eingestandene ca. 630 Tote und über 3.500 verwundete israelische Militärs; nach FRNL-Schätzungen weit über 2.000 gefallene und über 5.000 verwundete Israelis.

Und selten wurden Interventionstruppen Israels oder der USA derart geschlagen und demoralisiert zum Rückzug gezwungen, ohne daß damit die Aufnötigung knechtender amerikanisch-israelischer Bedingungen (wie etwa im Fall der Separatabkommen mit Ägypten 1978/79 oder dem Libanon 1983) verknüpft wäre.

Insofern haben der libanesischen Widerstand und seine Avantgarde, die FRNL, ein Beispiel dafür geschaffen, daß die Befreiungskräfte der arabischen Region (Palästina!) sich durchaus gegenüber dem Diktat der NATO-Mächte und ihrer Verbündeten siegreich behaupten können (siehe Kasten Beispiel Libanon).

Anmerkungen:

- 1) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 13./14.4. und 11.3.1985; Süddeutsche Zeitung, 11.4.1985
- 2) Siehe u.a. Peres-Interview in: Newsweek, New York, 28.1.1985
- 3) IHT, 13./14.4.1985
- 4) Daten nach: Israel in Lutte (LEL), Beirut, September 1983, S. 34ff.; Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 367/Okttober 1984; An Naher, Paris, September 1984; Le Monde, Paris, 20.2.1985
- 5) LEL, September 1983, S. 36

organisierte er die Selbstverteidigung der Massen in den geräumten Gebieten, da mit israelischen „Strafaktionen“ jederzeit gerechnet werden muß (siehe Masaker von Zrariyeh, S. 32/33).

Die FRNL hat damit ihre Zielvorstellung des Jahres 1983 eingelöst, den Widerstand im Süden zur Sache der breiten Massen, zu einer wahren Volksbewegung zu entwickeln: „Der bewaffnete Widerstand, den die FRNL führt,“ so betonte sie damals, „hat nicht nur rein militärische Auswirkungen. Sie stellt den wichtigsten Motor zur Remobilisierung des libanesischen Volkes gegenüber den Okkupanten dar. Und in dem Maße, wie die FRNL ihre Operationen vervielfacht, werden sich auch die Tage der Aufstände, Generalstreiks, Kundgebungen in der gesamten besetzten Zone häufen.“⁵

Die FRNL betreibt auch am nachdrücklichsten die Kooperation mit den ande-

ren Zweigen der Widerstandsbewegung, mit der Amal, der Hezbollah u.a. Sie trifft damit Vorsorge dafür, daß über den Tag der völligen Befreiung des Südens hinaus der politische Einfluß der Befreier des Südens im gesamtlibanesischen Rahmen, stärker zum Tragen kommen wird; und zwar im Sinne der von der Nationalen Demokratischen Front erstrebten nationalen Einheit auf gerechterer politisch-sozialer Grundlage (siehe Plattform der Front).

Darüber hinaus hat der libanesischen Widerstand Israel und den USA eine Lektion vietnamesischen Zuschnitts beschert.

Israels überlegene Militärmaschinerie mußte in keinem der vorausgegangenen Nahostkriege (1948/49, 1956, 1967 und 1973) derart schwere Verluste an Menschen und Material hinnehmen wie seit der Invasion 1982 im Libanon. Im April

AIB-Sonderheft



1/1985: 10 Jahre befreites Vietnam

Mit folgenden Beiträgen:

Vietnam? Vietnam! ● Das Vietnam-Trauma ● Die Befreiung Saigons ● Der mühevoll wirtschaftliche Wiederaufbau ● Vietnam-Daten ● Wende in der Kampuchea-Frage? ● Die Vietnam-Solidaritätsbewegung ● Symbol Ho Chi Minh ● Aktions- und Materialspiegel

Umfang: 28 Seiten; Preis: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____**

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____**

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit - widerruflich -, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot: _____

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Alle reden über Raketen. Aber niemand über

Navstar

Dabei wird „NAVSTAR den Krieg revolutionieren“ stellt die britische wissenschaftliche Zeitung „New Scientist“ am 11.10.84 fest. Alles über NAVSTAR, welche Folgen dieses neue System für die Länder der „3. Welt“ hat, jetzt aktuell im:

Friedenspolitischen Informationsdienst 1/1985

„Rüstung im Weltraum“

Herausgeber: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK).



Wer war das?

Zivilcourage

Ich bestelle das Sonderheft des Friedenspolitischen Informationsdienstes 1/1985 zum Thema: Rüstung im Weltraum.

Ich habe den Betrag von ³⁵⁰ DM (incl. Versandkosten) auf das DFG-VK Konto 1870-201 Postscheckamt Hamburg überwiesen.

Ich habe den Betrag in Briefmarken beigelegt.

Ich möchte die nächste Nummer des Friedenspolitischen Informationsdienstes probeweise zugeschickt bekommen.

Ich abonniere den FID (erscheint 6mal im Jahr zum Preis von ²⁰ DM).

Name:

Straße:

Wohnort:

Datum: Unterschrift:

**DFG-VK Bundesgeschäftsstelle
Schwanenstr. 16**

5620 Velbert 1

Wer sich aus erster Hand informieren will

— über die Aktionsstrategien der politischen Pazifisten in unserem Land

— über die größte Friedensgesellschaft in der Bundesrepublik, der braucht Zivilcourage.

Die Zeitung der DFG-VK.

Bitte senden Sie mir ein Probeexemplar

Ich möchte mehr über die DFG-VK wissen

Name:

Straße:

Wohnort:

Datum: Unterschrift:

**DFG-VK Bundesgeschäftsstelle
Schwanenstr. 16**

5620 Velbert 1

INTERNATIONAL COMMISSION OF INQUIRY INTO ISRAELI CRIMES AGAINST THE LIBANESE AND PALESTINIAN PEOPLES THIRD SESSION BONN MARCH 29-31 1985



Im Präsidium der Bonner Kommissionssitzung v. l. n. r.): PLO-Vertreter Abdallah Frangi, Sekretariatsmitglieder Prof. Stuby (Bremen), Prof. Pierson-Mathy (Belgien), Kronanwalt Platts-Mills (Generalsekretär, England), Rechtsanwalt Bassam El Daye, persönlicher Beauftragter des libanesischen Ministerpräsidenten Karamé

Schlußfolgerungen der 3. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission Israels Besatzerpraktiken haben System

Vom 29.-31. März 1985 fand in Bonn die 3. Sitzung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk“ statt, an der rund 100 Personen aus 31 Ländern und von vier Kontinenten teilnahmen. Neben zahlreichen Augenzeugen- und Expertenaussagen zur israelischen Besatzungspolitik im Libanon, der palästinensischen Westbank und Gaza ist der Bericht des Bremer Völkerrechtlers und Sekretariatsmitglieds Prof. Gerhard Stuby über eine Fact-Finding-Mission in Israel und den 1967 okkupierten palästinensischen Gebieten besonders hervorhebenswert.

Die beiden ersten Sitzungen in Nikosia (August 1982; siehe AIB 10/1982, S. 28-31) und Genf (Februar 1983; siehe AIB 5/1983, S. 14-16) hatte die Kommission fast ausschließlich der Kriegführung Israels während der Libanoninvasion vom Juni-August 1982 und den Massakern von Sabra/Schatila vom September 1982 gewidmet. In Bonn standen nunmehr die Besatzerpraktiken Israels im Südlibanon 1982-85 im Vordergrund, begleitet von einer erstmaligen Ausweitung des Untersuchungsgegenstands auch auf die Westbank und Gaza. Der Stuby-Bericht (Kurzfassung nachstehend) wurde ergänzt durch die faktenreichen Aussagen der Rechtsanwälte Walid Fahoum und Felicia Langer, die einen Überblick über die Situation der libanesisch-palästinensischen politischen Gefangenen vermittelten (siehe Kasten), sowie der palästinensischen Gewerkschaftsführerin Amel B. Krishah aus Ostjerusalem. Das von ihnen gezeichnete Gesamtbild ergab, daß der in den hiesigen Medien erweckte Anschein, unter der Regierung Peres sei eine Liberalisierung der Besatzungspolitik in der Westbank und Gaza im Gange, trügt. Hier wie im Südlibanon haben wir es seit dem Herbst 1984 eher mit einer Verschärfung der Unterdrückung, einer Politik der „Eisernen Faust“ zu tun, wie die im vollen Wortlaut dokumentierte Bonner Schlußerklärung unterstreicht (siehe auch Beiträge von I. Lübben-Pistofidis und den Bericht zum Massaker von Zrariych).

Vom 29.-31. März 1985 fand in Bonn (Bundesrepublik Deutschland) die 3. Tagung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk“ statt. Die Kommission tagte zu einem Zeitpunkt, da die politische Lage im Libanon sich weiter verschlechtert und höchste Besorgnis in der ganzen Welt hervorruft.

Zur gleichen Zeit, in der die Regierung Peres den sog. freiwilligen Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus diesem Lande, das Opfer der israelischen Aggression wurde, verkündet, führt sie gegen zahlreiche südlibanensische Städte und Dörfer und ihre wehrlose Zivilbevölkerung eine Flut von brutalen „Strafmaßnahmen“ durch.

Schon seit mehr als anderthalb Monaten bringen Soldaten der israelischen Armee schuldlose Menschen um, ohne Frauen, Kinder und Greise zu schonen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen im Süden Libanons kommt der 3. Tagung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk“ eine besondere Bedeutung zu. Sie drückt die Sorge der Weltöffentlichkeit über die Ereignisse in diesem Teil des Nahen Ostens aus.

Die Teilnahme einer Delegation aus Libanon, die aus Persönlichkeiten aus allen wichtigen Sektoren der patriotischen Kräfte zusammengesetzt war, unter ihnen der Vertreter des libanesischen Ministerpräsidenten, und der PLO an dieser Tagung haben wesentlich zum Erfolg der dreitägigen Beratungen der Kommission beigetragen.

Auf der Eröffnung und während der Arbeitstagung der Kommission waren die Botschafter Libanons, Syriens, Libyens, Saudi Arabiens, Tunesiens und anderer in der Bundesrepublik

akkreditierter arabischer Staaten sowie der PLO bzw. deren Vertreter anwesend.

Während der 3 Tage hörten die Mitglieder der Kommission die Zeugenaussagen von Opfern der israelischen Aggression gegen das libanensische und palästinensische Volk, Berichte von Sondermissionen der Kommission, die Israel und Libanon und andere besetzte arabische Gebiete besuchten.

Sie machten sich an Ort und Stelle mit der Lage vertraut, trafen mit Vertretern verschiedener politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen zusammen, die gegen die israelische Okkupation kämpfen. Die Ergebnisse der Reisen wurden den Kommissionsmitgliedern in Bonn vorgelegt und fanden großes Interesse bei den Anwesenden.

Nach allen Anhörungen kam die Kommission zu den nachstehenden Feststellungen:

1. Fast 3 Jahre nach seiner Invasion in Libanon setzt Israel seine Aggression und seine Besetzung in einem größeren Teil des Territoriums dieses souveränen Staates unter Verletzung der Resolution des Sicherheitsrates, in der der sofortige und bedingungslose Abzug der Streitkräfte Israels aus dem Territorium dieses Staates gefordert wird (Res. 509, 6. Juni 1982), fort.

2. Der israelische Aggressor hat die so geschaffene Situation genutzt, um mit Hilfe seines amerikanischen Schutzherrn zu versuchen, dem libanesischen Staat die Bedingungen für seinen Rückzug zu diktieren und zu versuchen, ihm den Abschluß eines politischen Abkommens, die Errichtung einer Sicherheitszone an der internationalen Grenze sowie als Gegenleistung für seinen Rückzug den gleichzeitigen Rückzug der syrischen Streitkräfte aufzuzwingen.

3. Der nationale Widerstand gegen die Besatzer und der Kampf der libanesischen patriotischen Kräfte haben diesen Plan zum Scheitern gebracht. Das Projekt eines israelisch-libanesischen Abkommens vom 17. Mai 1983 ist am 3. März 1984 aufgegeben worden, Saida, die Hauptstadt des Südlibanon, das Symbol des geeinten Widerstandes der patriotischen libanesischen Kräfte, ist heute befreit. Der nationale libanesische Widerstand verstärkt seine Aktionen für die völlige Befreiung des südlibanesischen Territoriums, von Westbekaa und Rashaya. Dieser legitime Widerstand des Volkes gegen die israelischen Besatzer wird als heilige Pflicht aller libanesischen Patrioten, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit und religiösen Überzeugung, angesehen.

4. Israel, dessen Okkupationsstreitkräfte ständig Zielscheibe von Aktionen sowohl ziviler als auch bewaffneter Art der nationalen libanesischen Widerstandsbewegung sind, mußte seine Strategie in Libanon ändern.

Am 14. Januar 1985 hat Israel seinen Beschluß angekündigt, seine Truppen aus Libanon in einem Drei-Stufen-Plan bis zur internationalen Grenze „zurückzuziehen“.

Angesichts der Weigerung der libanesischen Regierung der Nationalen Einheit, bei den Verhandlungen von Nakoura zu akzeptieren, daß der Rückzug der israelischen Streitkräfte unter der Bedingung des Abschlusses eines Sicherheitsabkommens stattfindet, hat Israel am gleichen Tage den einseitigen Beschluß angekündigt, in Südlibanon eine „Sicherheitszone“ unter Kontrolle von libanesischen Hilfsstreitkräften (ASL), die vom israelischen Staat bewaffnet und finanziert werden, aufrechtzuerhalten.

5. Kurz nach der Verwirklichung der ersten Phase dieses Planes begann Israel mit der Operation „Eiserne Hand“, die in umfangreichen Kriegshandlungen gegen zahlreiche Dörfer in den noch besetzten Zonen sowie in Angriffen und bewaffneten Operationen einer mobilen Einsatztruppe gegen Ortschaften in der Zone, aus der die israelische Armee sich zurückgezogen hatte, bestand.

6. So haben sich die israelischen Okkupationsstreitkräfte unter dem Vorwand eines angeblichen Rückzuges 3 Jahre nach der Invasion in Libanon nur auf anderen, auf libanesischem Gebiet liegende strategische Linien festgesetzt. Unter Verletzung der Resolutionen des Sicherheitsrates bezüglich eines sofortigen und bedingungslosen Rückzuges stellt die Verlegung der israelischen Streitkräfte in Wirklichkeit nur eine Fortsetzung der illegalen Okkupation libanesischen Territoriums dar und geht einher mit der Verstärkung seiner Aggression gegen das libanesische Volk und seinen Staat. Israel



Lager Al-Ansar im Südlibanon

droht sogar, eine Taktik der verbrannten Erde zu praktizieren, um unter dem Vorwand der Gewährung der „Sicherheit in Nordisrael und einer sicheren Grenze“ einen Teil Südlibanons unbewohnbar zu machen.

7. Israel strebt also keinen Frieden an, sondern alles deutet darauf hin, daß dieser Staat unter Verletzung der territorialen Integrität des libanesischen Staates den zionistischen Expansionsplan in Libanon fortsetzt, der auch die Kontrolle eines Teils der Wasserressourcen in Südlibanon, insbesondere der des Litani-Flusses, beinhaltet.

Teil B

1. Die Invasion und andauernde Besetzung eines Teils des libanesischen Territoriums durch Israel stellen eine Verletzung der grundlegendsten Normen des Völkerrechtes in bezug auf die unerlaubte Anwendung von Gewalt und in bezug auf die Erhaltung des Friedens dar.

Diese militärische Besetzung ist eine Aggression im Sinne der Definition der UNO-Vollversammlung vom 14. Dezember 1974 (Resolution 3314 (XXIX)). Keinerlei Beweggrund – sei er auch politischer, ökonomischer, militärischer oder anderer Art – kann die Verlängerung dieser Besetzung rechtfertigen.

Ein Aggressionskrieg sei ein Verbrechen gegen den Frieden. Israel macht sich im Libanon eines solchen Verbrechens schuldig und wird sich international dafür verantworten müssen.

2. Seit der Invasion vom Juni 1982 unterstützt Israel gegen jede Offensichtlichkeit die juristische Fiktion, daß es sich nicht im Krieg mit dem libanesischen Staat befindet und daß seine militärische Präsenz in diesem Land keine Kriegsbesetzung sei. Die Realität ist ganz anders – Israel hat den souveränen Staat Libanon überfallen und hält einen großen Teil von dessen Territorium seit Juli 1982 besetzt.

Auf eine solche Lage wird das Kriegsrecht angewendet. Israel ist verpflichtet, dieses Recht zu respektieren – sei es, daß es sich um das Recht in bezug auf die Kriegführung bzw. die Haager Landkriegsordnung, oder sei es, daß es sich um die Normen des Völkerrechtes handelt, die auf die Lage der sich in der Macht der Besetzungstreitkräfte befindenden Personen anwendbar sind, d.h. das Genfer Recht, insbe-

sondere die 4. Konvention über den Schutz von Zivilpersonen zu Kriegszeiten vom 12. August 1949.

3. Israel ist folglich direkt verantwortlich für die vielfachen Kriegsverbrechen, die im Libanon von diesen bewaffneten Streitkräften und den von ihnen eingesetzten Hilfstruppen begangen wurden.

Teil C

Die Tatsachen, die zusammengetragen, und die zahlreichen Zeugenaussagen, die angehört wurden, beweisen, daß die anhaltende Besetzung eines Teils des libanesischen Territoriums die Quelle zahlreicher Verbrechen und Leiden ist, die der in der Macht der Besetzungstreitkräfte und ihrer Handlanger befindlichen Zivilbevölkerung zugefügt wurden, und daß diese Besetzung zu massenhaften und wiederholten Verletzungen dieser internationalen humanitären Verpflichtungen bezüglich dieser Bevölkerung durch die israelische Armee geführt hat. Die aufgezwungene Spaltung des libanesischen Staates, die ein Ergebnis dieser anhaltenden Besetzung ist, verletzt die Souveränität und territoriale Integrität dieses Staates und beeinträchtigt ernsthaft das normale Funktionieren des libanesischen Staates. Diese Besetzung hat ebenfalls verheerende ökonomische, soziale und menschliche Folgen für Südlibanon und den libanesischen Staat insgesamt.

Israel verfolgt in der Tat eine Politik der militärischen Besetzung, der Einschüchterung und der Repression, die

- jegliches normales Leben verhindert,
- die Bevölkerung Südlibanons, von Westbekaa und Rashaya von den anderen Teilen des libanesischen Staates isoliert,
- den freien Personen- und Warenverkehr zwischen den besetzten Gebieten und dem Libanon insgesamt sowie innerhalb dieser Gebiete behindert und einen großen Teil der wirtschaftlichen Aktivität lähmt,
- das normale Funktionieren der Verwaltung, der sozialen Dienste sowie der Volksbildung in den besetzten Gebieten verhindert oder beeinträchtigt,
- die Bevölkerung demütigt und einen Anschlag auf das Gefühl nationaler Würde darstellt,
- einen vorsätzlichen Anschlag auf das kul-

turelle Erbe und die kulturellen Werte des libanesischen Volkes darstellt,

– weder die heiligen Stätten noch die religiösen Würdenträger noch Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen oder das Personal des Gesundheitswesens respektiert, und die Versorgung der besetzten Gebiete mit Medikamenten behindert, und den Zugang der Opfer der bewaffneten Operationen zur medizinischen Hilfe blockiert,

– die Libanesen zu spalten und sie gegeneinander auszuspielen versucht,

– zur Kollaboration und zur Anwerbung bei den Hilfsmilizen ermuntert,

– zur gewaltsamen Vertreibung zahlreicher libanesischer Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten führt,

– und tausende von Arbeitslosen und jungen Menschen, die durch die Repressionspolitik bedroht sind, zur Flucht aus diesen Gebieten zwingt,

– zur willkürlichen Verhaftung ohne Rücksichtnahme auf Alter und Geschlecht und zur illegalen Inhaftierung von tausenden Libanesen und Palästinensern unter unmenschlichen Bedingungen im Konzentrationslager Ansar führt, nachdem diese in Zentren verhört worden sind, in denen ständig gefoltert wird und erniedrigende Haftbedingungen herrschen, die an sich schon eine Art ständige Folterung darstellen,

– Südlibanon in ein riesiges Gefängnis für die gesamte Zivilbevölkerung verwandelt, die sich in der Macht der Okkupationsstreitkräfte und ihrer Handlanger befindet.

Angesichts des wachsenden legitimen Widerstandskampfes eines ganzen Volkes gegen die Besatzer, der sowohl zivile als auch bewaffnete Aktionen umfaßt, hat Israel in den letzten Wochen die kollektiven Vergeltungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung verstärkt und die Aggression eskaliert.

Die Internationale Untersuchungskommission ist besonders besorgt über folgende verbrecherische Praktiken, die an die von der faschistischen Armee angewendeten Methoden erinnern:

– Absperrung von Dörfern,
– Sperrung der Lebensmittelversorgung dieser Dörfer,

– Razzien, Durchsuchungen von Gebieten und Häusern, bei denen weder Schulen noch heilige Stätten oder Krankenhäuser verschont werden,

– Massenverhaftungen, von denen auch Kinder, ältere Personen und schwangere Frauen betroffen werden,

– Sprengung oder Zerstörung mittels Bulldozer von Häusern unschuldiger Zivilisten,

– Beschuß der Zivilbevölkerung sowie von ausländischen Augenzeugen und Journalisten und Mitgliedern der UNIFIL (UNO-Friedenstruppen; d. Red.) durch die Okkupationsarmee,

– Folterung und standrechtliche Erschießung von Zivilisten,

– standrechtliche Erschießung von verwundenen Widerstandskämpfern.

Teil D

Die Internationale Untersuchungskommission unterstreicht auf der Grundlage der Feststellungen ihrer nach Libanon entsandten Delegation sowie der zahlreichen vorgelegten Augenzeugenberichte, daß im Gegensatz zu den israelischen Propagandabehauptungen:

– der Widerstandskampf eine nationale Erscheinung in Libanon ist und nicht Angelegenheit einer kleinen Gruppe der libanesischen Bevölkerung,

– dieser Widerstand von der Regierung der Nationalen Einheit des Libanon unterstützt

Politische Gefangene



Walid Fahoum, Rechtsanwalt und Repräsentant der Freunde der israelischen Gefangenen, gab vor der Bonner Untersuchungskommission einen Überblicksbericht zur Behandlung der palästinensisch-libanesischen politischen Gefangenen in Israel und den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (Westbank, Ostjerusalem, Gaza).

Er sprach von gegenwärtig mehr als 20 Gefängnissen und 40 Polizeistationen und Requirierungszentren, in denen palästinensische und libanesisch politische Gefangene festgehalten werden.

In den besetzten palästinensischen Gebieten sind 3.150 politische Gefangene eingekerkert. Die wichtigsten Gefängnisse sind die von Jenin, Schnet, Nablus und Gaza.

In Israel sind 1.295 Palästinenser und Libanesen in Haft. Ein Großteil befindet sich in den Gefängnissen von Ashkelon und Talmoun. Diese Zahlen haben sich durch die Verlegung eines Großteils der libanesischen und palästinensischen Gefangenen aus dem im Südlibanon gelegenen Konzentrationslager Al-Ansar nach Israel um 1.000-1.200 Inhaftierte erhöht.

Die Anzahl der politischen Gefangenen ist im Vergleich zur Einwohnerzahl Israels eine der höchsten der Welt. In den besetzten Gebieten sind 90% aller Gefängnisinsassen politische Gefangene. In Israel beläuft sich ihr Anteil auf 10%.

Die politischen Gefangenen sind zusammen mit kriminellen Insassen eingekerkert. Es gibt außerdem keine Sondergefängnisse für Jugendliche.

Die Haftbedingungen bleiben weit hinter den internationalen Normen zurück. So legt die UNO fest, daß jedem Gefangenen 8 qm zur Verfügung stehen müssen. In Nablus, Hebron und Ramallah stehen jedem Gefangenen 1,5 qm zu, in Jenin gar nur 1 qm. In den Einzelarrestzellen in Jenin sind es nur 0,5 qm. Aufgrund der räumlichen Enge schlafen in Ramallah die Gefangenen, die nur über 0,6 qm verfügen, in zwei Schichten. Die beengten Verhältnisse und die schlechte Qualität des Essens – so betonte Walid Fahoum – führen zur Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten, zu Magengeschwüren und Mangelerscheinungen.

Die Folter ist an der Tagesordnung. Dazu gehören das Umlegen von würdigen Halskrausen, das Aufhängen an den Händen, Schlagen auf die Ohren, Stören des Schlafs, Einzelhaft und psychologische Folter.

Nahil Khalil, palästinensischer Gefangener aus Ostjerusalem, bezeugte vor der Bonner Untersuchungskommission, daß diese Methoden im Ramallah-Gefängnis (Westbank) systematisch angewandt werden.

Dort seien infolge schwerer Mißhandlungen bzw. Fehlbearbeitungen nach Hungerstreiks (1980) seit 1967 insgesamt 63 politische Gefangene zu Tode gekommen.

Die Mehrzahl der Bonner Zeugenaussagen galt indessen dem größten israelischen Internierungslager im Südlibanon, dem Konzentrationslager Al-Ansar, das 1982-85 zehntausende Libanesen und Palästinenser durchliefen. Der ehemalige Sprecher der Lagerhäftlinge, Salah Taamari (Palästinenser), berichtete u.a.:

„Die Szene von Handfesseln, Ketten, Kapuzen und Stacheldraht war alltäglich in Ansar... Mehr als 22.000 passierten die Tore von Ansar. Im Höchstfall waren 9.000 dort gleichzeitig gefangen. 90% waren arbeitende Menschen ...

In Ansar gab es kein Gesetz außer den Befehlen des israelischen Kommandanten. Nicht einmal israelische Gesetze galten...

Die Verhöre durch die Israelis dauerten mehrere Monate, nicht nur um Informationen zu erhalten, sondern auch um die Gefangenen zur Zusammenarbeit zu zwingen und sie zu demoralisieren ...”

Die anderen Al-Ansar-Häftlinge, die in Bonn in den Zeugenstand traten, die Libanesen Nasrudin Kassir (Arzt aus Tyrus), Hussein Baydoun, Abdullah Nestr (Bauer, zweimal inhaftiert), Ibrahim Daabul (Arbeiter aus Beirut) und Mustafa Al-Masri (Religionslehrer, viermal inhaftiert) berichteten von folgenden im KZ Al-Ansar gängigen Verhör- bzw. Foltermethoden:

Schläge mit Stöcken, Stangen, Steinen auf den Kopf, was meist mit Sack über dem Kopf oder Augenbinde erfolgte; Besprühen des Kopfes mit Schädlingsbekämpfungsmitteln; Kreuzverhör auf Fußboden mit Nägeln; Aushungern, Trinkwassersperrern; Elektroschocks, besonders an Genitalien; Übergießen mit kaltem Wasser; wochenlange Fesselung mit Lagerung auf dem Boden bzw. in Gruben ohne Decken, nachts in Kälte, tags ungeschützt in Sonne; Todesdrohungen; Versagung ärztlicher Hilfe selbst bei Asthma- oder Herzinfällen, was z.B. 1982 – laut dem Arzt N. Kassir – zum Herztod des Libanesen Mroué führte.

Mehrere Augenzeugen berichteten ferner, daß im Rahmen von Verlegungen Gefangener an andere Orte (teils nach Israel) diese wiederholt verschwanden bzw. zu Tode gefoltert wurden. Im Dezember 1984 fand man z.B. nahe dem südlibanesischen Ort Banat Yacoub ein Massengrab mit 44 Toten, von denen zahlreiche als Häftlinge des KZ Al-Ansar identifiziert wurden.



wird, und es sich folglich um den Widerstand eines ganzen Volkes und Staates handelt, der über konfessionelle und politische Grenzen hinweg von der Bevölkerung der besetzten Gebiete und des ganzen Libanon getragen wird; — dieses Volk auch unter großen Opfern entschlossen ist, den Kampf gegen die ausländischen Besatzer zu führen, bis diese vom letzten Stück des nationalen Territoriums vertrieben sind;

— dieser Widerstand gegen die Aggression völkerrechtlich legitim ist und daß die gefangenen bewaffneten libanesischen Widerstandskämpfer nicht als Terroristen bezeichnet oder behandelt werden dürfen, sondern daß diese als Teilnehmer eines legitimen Kampfes Anrecht auf die gleiche Behandlung wie Kriegsgefangene haben.

1. Israel ist als Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten verpflichtet, die Normen des internationalen Rechts einzuhalten, die für die Besetzung fremden Territoriums gelten. Diese sind in erster Linie die 4. Konvention von Genf von 1949 und die Prinzipien der Haager Landkriegsordnung vom 18.10.1907.

Die Gegenargumente Israels können nicht akzeptiert werden. Zahlreiche Erklärungen der UNO, aber auch der überwiegenden Mehrheit der Staaten, darunter auch die USA und die Bundesrepublik Deutschland, haben dies festgestellt.

2. Entgegen allen Meldungen in manchen Massenmedien geht das israelische Siedlungsprogramm in der Westbank, im Gaza-Streifen und auf den Golan-Höhen unvermindert weiter. Besonders gravierend sind die Siedlungsmaßnahmen im Zentrum alter arabischer Städte, z.B. in Hebron und Nablus.

Den illegalen Siedlungen wird durch ein umfassendes und undurchschaubares System von Militärordern der Anschein von Legalität gegeben. Die israelische Besatzungsmacht schützt mit dem falschen „Argument“ der Neutralität zwischen Siedlern und arabischer Bevölkerung den eingetretenen Status quo.

Unter dem Deckmantel scheinjuristischer Argumentation (militärische Sicherheit, Erklärung zum öffentlichen Land, angeblich verlassenes Land usw.) ist es inzwischen gelungen, fast 40% ehemals arabischen Bodens in israelisches Eigentum zu überführen. Infrastrukturelle Maßnahmen insbesondere die Anlegung eines Straßennetzes integrieren die besetzten Gebiete zunehmend wirtschaftlich und demographisch in Israel.

3. Die Politik Israels in den besetzten Gebieten läuft darauf hinaus, bestehende Ansätze einer unabhängigen Wirtschaftsstruktur zu zerstören und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Siedlungen eine völlig von Israel abhängige Wirtschaft aufzubauen.

Alle Investitionen von palästinensischer Seite im landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssektor werden unterbunden, ebenso die Erhaltung bzw. der Aufbau eines unabhängigen Bankensystems. Kommunale Aktivitäten, z.B. die Erhaltung des Elektrizitätssystems, die Erhaltung eines selbständigen Gesundheitssektors usw. werden unmöglich gemacht. Selbst der private Wohnungssektor unterliegt zahlreichen Restriktionen.

Ein besonderes Problem stellt die Behandlung der „Gastarbeiter“ aus den besetzten Gebieten dar. Ohne jeglichen Schutz gewerkschaftlicher und sozialrechtlicher Art (die abgezogenen Sozialabgaben hält der israelische Staat zurück) werden sie weit unter dem Niveau israelischer Arbeitnehmer rücksichtslos ausgebeutet.

4. Die Situation der Flüchtlinge, insbesondere in den von der UNWRA (UNO-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge; d. Red.) betreuten Lagern, spricht selbst den primitivsten Menschenrechten Hohn.

Anstatt eine politische Lösung dieses seit Jahr-

Das Massaker von Zrariyeh

Wir unterbreiten Ihnen die Fakten eines der schrecklichsten Massaker, das die israelischen Besatzungstruppen gegen Zrariyeh, ein Dorf im Südlibanon, begangen haben.

Dieses Massaker stellt eine neue Etappe auf dem Weg des von den USA unterstützten „Staatsterrorismus“ (siehe dazu: AIB 4/1985, S. 4ff.; d. Red.) dar, den Israel seit seiner Besetzung des Libanon 1982 betreibt und der sich in Saida, Sabra und Schatila, Sohmor, Maarake, Arabsalim, Kamed-El-Loz ... deutlich manifestiert hat.

Bei den genannten Massakern hatte Israel versucht, seine Verantwortung und die seiner Truppen abzustreiten, indem es seine libanesischen Agenten und Kollaborateure als Alleinschuldige bezeichnete.

Diesmal hat es hier dagegen durch einen seiner höheren Offiziere im Süden offiziell erklären lassen, daß es „dem Dorf Zrariyeh, das eine Operationsbasis gegen unsere Positionen geworden ist, eine Lektion erteilt hat“. Rabin (Israels Verteidigungsminister; d. Red.) sagt zu den an diesem Massaker beteiligten Truppen: „Mission erfüllt, Sie haben gut gearbeitet.“

Außerdem haben die israelischen Soldaten ihr Verbrechen mit Slogans an den Mauern dieses Dorfes unterschrieben: „Dies ist die Rache Tsahals“ (israelische Armee; d. Red.) und „Wir werden jeden Tropfen israelischen Bluts rächen“. Das heißt, daß sie sich für den gerechten Widerstand gegen die Besetzung rächen, indem sie Zivilisten massakrieren.

Die Fakten

Das Dorf Zrariyeh liegt im Gaza von Saida, 28 km von der Hauptstadt des Südens und 81 km von Beirut entfernt. Es hat fast 10.000 Einwohner. Befreit wurde es am 16. Februar 1985 nach dem israelischen Rückzug aus diesem Teil des Libanon, der durch den bewaffneten Volkswiderstand gegen die Besatzungstruppen erreicht wurde.

Aber nach ihrem Rückzug haben die israelischen Besatzungstruppen ihre Aggressionen gegen dieses Dorf nicht eingestellt, sondern seine Häuser bombardiert, Infiltrationsversuche unternommen oder die Absperrungen der dort installierten libanesischen Armee beschossen... Und dies bis zur Nacht von Sonntag, dem 10. auf Montag, dem 11. März 1985.

In dieser Nacht wurde das Dorf ab 23 Uhr (örtliche Zeit) mit einem dichten Granatfeuer belegt, das in den ersten Morgenstunden immer heftiger wurde. An ihm waren die israelischen Stellungen in den Dörfern Ansar-Numeiriyé im Norden, auf den Hügeln von Breikeh im Osten und von Bedias im Süden beteiligt.

Während dieser Zeit rückten mehr als 100 Panzerwagen, hauptsächlich mit 105-mm-Geschützen ausgerüstete Merkava-Tanks, auf die umliegenden Hügel des Dorfes vor, während die Hubschrauber Hunderte Einsatzkommandos über diesen Hügeln absetzten.

3.000 israelische Soldaten haben an der Erstürmung des Dorfes teilgenommen, nachdem zuvor die Granaten von Dutzenden von Geschützen auf das Dorf niedergegangen waren. Dort gibt es keine einzige Schutzvorrichtung und die meisten Häuser sind einstöckig. Das wirkliche Ziel war also, mög-

lichst viele Zivilpersonen zu töten und das Dorf zu zerstören...

Aber das war nichts im Vergleich zu dem, was sich nach dem Eindringen der Besatzungstruppen im Dorf abspielte. Sie haben auf alles geschossen, was sich bewegte, auch auf die Frauen und Kinder, die sich in den Feldern weitab von den Bombardierungen verstecken wollten. Sie haben Häuser zerstört, sind mit ihren Panzern über die Autos gefahren, in denen teilweise noch Menschen saßen (dies gilt für Soubhi Hussein Meanna, Vater von neun Kindern).

Sie haben alle männlichen Bewohner zwischen 10 und 70 Jahren zusammengetrieben, die meisten von ihnen festgenommen und auf einige geschossen oder Raketen auf sie abgefeuert

(man hat den verkohlten Oberkörper von Nehmé Charif Hachem gefunden, der von den Israelis auf den Feldern außerhalb des Dorfes aufgegriffen worden war).

Sie haben die Häuser geplündert und die Säcke mit gespendeten Lebensmitteln in der „Husseinia“ (Kultstätte) des Ortes vermint. Dadurch waren die Mannschaften des Libanesischen Roten Kreuzes gezwungen, die Körper der Opfer des Massakers in die „Husseinia“ des Nachbardorfes Sarafand zu bringen...

Sie haben den Mannschaften der Hilfsorganisationen, darunter dem internationalen Roten Kreuz, untersagt, in das Dorf hineinzugehen. Sie haben vor ihren Krankenwagen Schüsse abgegeben und sie aufgefordert, nicht näher zu kommen (diese Organisationen haben übrigens Kommunikés über diese Ereignisse veröffentlicht).

Indem Israel die internationalen Organisationen so weit wie möglich vom Dorf abdrängte, war es keineswegs darauf bedacht, sein Verbrechen zu verheimlichen, zumal es nichts vertuscht hat, was auf dieses Verbrechen hindeutete und es an den Wänden des Dorfes unterschrieben hat.

Seine Absicht war vielmehr, die Hilfe für die Verwundeten so lange wie möglich hinauszuzögern. Von diesen sind einige vor ihren Verwandten und Nachbarn verblutet, da ihnen jegliche Hilfeleistung untersagt war (in der Presse veröffentlichte Aussage des Vaters von Rida Ali Mroué).

Die Bilanz

Am Montag, dem 11. März 1985 um 16 Uhr nachmittags haben sich die israelischen Besatzungstruppen mit 150 Gefangenen aus dem Dorf zurückgezogen, unter ihnen 21 libanesischen Soldaten, der Arzt des Dorfes, Ali Hammoud Mroué (nachdem sein Auto zerstört und seine Klinik verwüstet worden war) und 9 Verwundete, die Israel erklärmaßen trotz ihres Zustands festgenommen hat.

Die Reporter und Fotografen der internationalen und libanesischen Presse sowie die vor dem Dorf wartenden Krankenwagen sind in das Dorf gekommen, wo noch die in einigen Häusern, Läden und Autos gelegten Brände loderten. Sie haben die Körper derjenigen gesehen, die auf den Straßen umgebracht worden waren, oder die um die zerstörten Autos verstreut lagen...

Die Bilanz dieses Massakers, wie sie vom Libanesischen Roten Kreuz, den Pressekorrespondenten (anhand von Fotos) und dem



Rat des Südlibanon (Regierungsorgan) festgestellt wurde, war folgende:

- 30 getötete Zivilisten zwischen 16 und 64 Jahren, von denen einige Väter von Familien mit 3-9 Personen waren.

- Etwa 40 Verwundete; die Verletzungen von einigen sind schwer und andere werden als Behinderte eingestuft. Außerdem sind unter den Verwundeten kleine Kinder: Hanan Rislán, erst 7 Monate alt, sowie seine beiden Brüder Ali (4 Jahre) und Abbas (2 Jahre).

Diese Informationen stammen aus dem Kommuniqué des Libanesischen Roten Kreuzes, das am Dienstag, den 12.3.1985 veröffentlicht wurde und das die Einsätze seiner Gruppen zusammenfassend darstellt, die geholfen haben, 22 Leichen und 21 Verwundete in die Krankenhäuser von Saida und Beirut zu bringen.

- 30 völlig zerstörte Häuser, darunter die Büros der Gendarmerie sowie 10 gesprengte Läden (vom Regierungsorgan Rat des Südlibanon am 14.3.1985 veröffentlichte Bilanz).

- 50 von den israelischen Panzerwagen niedergewalzte Autos (oben genannte Quelle); in einigen hat man die Überreste ihrer Insassen gefunden.

Die Vertreter der ausländischen und libanesischen Presse haben Fotos dieser Verbrechen veröffentlicht, insbesondere die amerikanischen Agenturen Associated Press und United Press. In den Zeitungen und Veröffentlichungen der Presseagenturen finden sich die folgenden Beschreibungen:

„Eingang des Dorfes nach Arzai sind vor uns drei verbrannte Autos mit den Resten von verkohltem Menschenfleisch und ein kleiner Lieferwagen ineinandergeschoben, an dem noch die Spuren der Panzer sichtbar sind, die ihn überrollt haben, und dessen Ladung Zitrusfrüchte sich mit dem Blut seiner Insassen vermischt... Bevor wir ins Dorf kommen, sehen wir einen Peugeot mit einem völlig verkohlten Körper... Im Dorf fällt uns ein gelber Volvo auf: Er liegt auf dem Dach mit Blutspuren an den Türen und einem Frauenschuh und den Resten eines Kinderkleides im Innern.“

- Die materiellen Verluste belaufen sich auf über 10 Mio Libanesischer Pfund, erklärt der Rat des Südlibanon.

- Die israelischen Besatzungstruppen haben sich nicht mit dieser Schlächtereie begnügt. Nach ihrem Rückzug aus dem Dorf, genau gesagt am Montag, den 11.3.1985 um 20

Uhr, haben sie eine Granate auf ein Auto abgefeuert, in dem die Frau und die beiden Schwestern eines der Opfer des Massakers, Hassane Mroué, saßen.

Alle Insassen des Autos wurden verletzt, und das Auto verbrannte vollständig.

Liste der zerstörten Häuser

Die Gendarmerie, Nehmé Mroué, Hachem Hachem, Rida Khachman, Mouhammad Khachman, Akil Mroué, Mahmoud el-Abd-Zourkout, Ali Zourkout, Assaad Rizk, Mohammad Muhieddine, Husni Kassem Mroué, Abdallah Wehbi, Ali Badr-Eddine, Chaalan El Assad, Ali Chaalan El Assad, Assad Mousa Zurkot, Nehmé Zainou, Hachem Badr-Eddine, Ali Mohammad Saleh, Ali Abbas Hachem, Abbas M. Hachem, Ahmad Kaafarani, Mahmoud Ali Metayrek, Ahmad Metayrek, Moustapha Muhiedinne, Hassan Bilal, Ali Bilal, Hussein Tarraf, Ali Abdel-Nabi.

Liste der Opfer des Massaker von Zrariyeh

Ali M. Mroué, 64 Jahre. In seinem Lastwagen getötet, mit dem er Zitrusfrüchte auf der Straße Zrariyeh-Arzai transportierte; Hassan H. Mroué, 21 Jahre; Ahmad Ali Jezzini, 16 Jahre; Ali Youssef Rislán, Vater von drei Kindern, von denen das älteste 5 Jahre alt ist. Seine Frau ist schwanger; Hassan Neemé Mroué, 23 Jahre. Vater von zwei Kindern; Nehmé Charif Hachem, von den Israelis verhaftet. Der obere Teil seiner Leiche wurde verkohlt auf den Feldern des Dorfes gefunden; Nemr Diab; Izzat Daher; Hussein Mousa Srou; Mohammad Jaber; Imad Chahrou; Omar Hassan; Mohammad Kassem, 1962 geborener, am 10.3.1985 nach Zrariyeh versetzter Soldat; Rida Ali Mroué, 30 Jahre alt. Vater von drei Kindern, von denen das älteste 6 Jahre alt ist. Seine Frau ist schwanger; Abdul-Aziz Khalil; Ahmad Khalil; Omar Harb; Ali Radouan Sebai; Sobhi Hussein Meanna, Vater von neun Kindern. Ein Panzerwagen hat sein Auto überrollt; Mohammad Nm El-Amine; Hussein Arzouni; Ali Chaalan El-Assad; Ali Badr-Edine; Mohammad-Ali M. Mroué; Radwan Yaghi; Ali Hijazi.

Außerdem vier verkohlte, nichtidentifizierte Leichen.

Wir unterbreiten Ihnen diese Fakten, während Israel seine Massaker gegen die befreiten Dörfer des Südens fortsetzt.

Es stützt sich dabei auf die von seinen Führern entwickelte Politik, welche erklärt haben, daß sie die Racheakte gegen die libanesischen Zivilbevölkerung fortsetzen werden und sie als „notwendig für den Schutz der Sicherheit Israels und seiner Truppen(!)“ erachten. Dabei setzen sie sich über das Bild hinweg, welches man damit in der Weltöffentlichkeit hinterläßt.

Vor diesem Hintergrund haben seine Soldaten am Donnerstag, den 21. März 1985 ein neues Massaker in Jebaa, Houmin-Tahta und Kfarhatta verübt, wobei sie nach dem gleichen Plan von Angriff, Massaker und Bombardierung der Autos vorgegangen sind: In einem der bombardierten Autos hat man die Körper von zwei Reportern der amerikanischen Agentur CBS gefunden...

Angesichts dieser Tatsachen bitten wir Sie, mit allem Nachdruck für den Kampf unseres Volkes und seinen nationalen Widerstand Partei zu ergreifen, um die verbrecherischen Akte Israels gegen die libanesischen Bevölkerung zu beenden und unser Vaterland von der Besetzung zu befreien.

Beirut, den 22.3.1985

Die Anhänger der Nationalen Widerstandsfrente des Libanon

zehnten schwärenden Problems zu erleichtern, verschärft Israel die Lage durch solche Maßnahmen wie Verbarrikadierung aller Eingänge, Sprengung von Häusern, Verbot des Wiederaufbaus, provokative Razzien von Militär und bewaffneten Siedlern usw. in unerträglicher Weise. Verzweifelte Gegenreaktionen (z.B. Steinwerfen von Jugendlichen usw.) werden mit drakonischen Strafen verfolgt.

5. Nicht nur jede politische, sondern jede gewerkschaftliche Aktivität ist unterdrückt. Freie Wahlen der Funktionäre ist nicht möglich. 1980 fällige Gemeindevahlen haben nicht stattgefunden. Die meisten 1976 gewählten Gemeindevertreter sind abgesetzt. Oft stehen sie ebenso wie Gewerkschaftsfunktionäre unter Stadt- oder sogar Hausarrest.

6. Besonders schwerwiegend sind die ständigen Eingriffe in das Leben der Universitäten, die eine entscheidende Bedeutung für die Erhaltung der kulturellen Identität des palästinensischen Volkes und seiner wissenschaftlichen Arbeitsqualität sind.

Razzien, Verhaftungen von Lehrpersonal und Studenten, Schließung über Monate, rigide Zensur der wissenschaftlichen Literatur usw. lassen eine normale Lehr- und Forschungstätigkeit kaum zu. An diesen Maßnahmen zeigt sich sehr deutlich, daß es um die langfristige Zerstörung des Überlebenswillens und der Überlebensmöglichkeit des palästinensischen Volkes geht.

7. Dies ist auch durch die Erzeugung eines ständigen Klimas der Unsicherheit und Einschüchterung bezweckt, die ein von der israelischen Armee flexibel gehandhabtes Unterdrückungsinstrumentarium erreichen soll; andauernde willkürliche Verhaftungen, Razzien in einzelnen Häusern oder ganzen Ortschaften, kollektive Ausgehverbote, Unterbinden des Verkehrs in ganzen Zonen, ständige Straßenkontrollen usw.

8. In 20 Gefängnissen werden von den israelischen Behörden in den besetzten Gebieten selbst, aber auch in Israel über 4.000 palästinensische und libanesischen politische Gefangene festgehalten, meist ohne jegliche Gerichtsverfahren. Die Gefängnisse sind überfüllt, nicht mehr als höchstens 1 1/2 qm pro Gefangenen, die hygienischen Verhältnisse katastrophal. Eine medizinische Betreuung besteht kaum.

Behandlungen, die als Folter zu bezeichnen sind, Erniedrigungen raffiniertester Art, die darauf ausgerichtet sind, die Persönlichkeit des Gefangenen zu brechen, sind an der Tagesordnung: ständiges Gefesseltsein, über Tage die Augen verbunden, über Stunden stehen, an den Händen aufhängen, Isolation, ständiges Schlagen auf empfindliche Körperstellen, Strafe durch Hunger und Durst usw.

Schlußfolgerungen

Die Mitglieder der Internationalen Kommission stellen fest:

I. Israel bleibt nach wie vor verpflichtet, entsprechend den zahlreichen Resolutionen des Sicherheitsrats der UNO, sich sowohl auf dem Libanon als auch auf den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Die fortdauernde Besetzung und die formalen und praktischen Annexionsakte in den besetzten Gebieten stellen eine schwere Verletzung der UNO-Charta dar, insbesondere des Artikels 2, Ziffer 4.

II. Als besetzende Macht ist Israel voll verantwortlich für alle kriminellen Akte seiner Streitkräfte und ihrer Mitarbeiter. Die Kommission wiederholt die Feststellungen der zuständigen UNO-Gremien, zahlreicher Staaten und Organisationen, daß Israel schuldig ist einer permanenten Verletzung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der 4. Genfer Konven-

tion von 1949.

III. Die Kommission wiederholt ihren schon auf ihrer Sitzung in Genf (1983; d. Red.) gefaßten Beschluß: „Sie erinnert an die Praxis des Nürnberger Tribunals, das die Kriegsverbrecher des 2. Weltkriegs verurteilt hat. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit des Artikel 90 des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention 1949, eine zwischenstaatliche Untersuchungskommission zu schaffen, die auf dem Territorium des Libanon begangenen Verbrechen zu untersuchen.“

Die Aufgabe dieser Kommission soll auf die besetzten Gebiete ausgedehnt werden.

IV. Die Kommission wird die Namen der von den Zeugen genannten israelischen Militär-angehörigen registrieren, die gegenüber libanesischen und palästinensischen Bürgern gegen nationales und internationales Recht verstoßen haben. Die Kommission ruft dazu auf, ihr weitere Namen oder Personenbeschreibungen israelischer Militärs mitzuteilen, die sich o.g. Rechtsverstöße schuldig machen bzw. gemacht haben, um diese in geeigneter Weise bekanntzumachen.

V. Die Kommission bekräftigt ihre Feststellungen über die Verantwortlichkeit der USA hinsichtlich der von Israel im Libanon begangenen Verbrechen. Diese Verantwortlichkeit gilt auch für die Vorgänge in den 1967 besetzten Gebieten.

Die Kommission erinnert die westeuropäischen Staaten, insbesondere die Mitglieder der EG, an die von ihnen im Rahmen der UNO und der EG erklärten Verpflichtungen und fordert sie auf, nachdrücklich auf Israel einzuwirken, sein völkerrechtswidriges Verhalten aufzugeben.

VI. Die ständigen Verletzungen des internationalen Rechts durch Israel verhindern eine gerechte und globale Lösung des Konflikts im Nahen Osten, der die legitimen Interessen aller Staaten und Völker der Region berücksichtigt, besonders aber das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich seines Rechts, einen eigenen Staat zu gründen und völlig unabhängig über seine Beziehungen zu anderen Staaten zu bestimmen.

Die Kommission ist überzeugt, daß Israel verpflichtet ist, alle Probleme mit den arabischen Staaten nur mit friedlichen Mitteln auf der Basis des Völkerrechts zu lösen, insbesondere durch Verhandlungen im Rahmen einer schon von der UN-Vollversammlung und zahlreichen Staaten vorgeschlagenen internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der alle betroffenen Parteien teilnehmen.

VII. Die fortdauernde Okkupation und Aggression Israels und die hieraus resultierenden Verbrechen stellen ebenfalls eine Gefahr für den Weltfrieden dar.

Die Kommission wendet sich an die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, die sozialen und religiösen Bewegungen, insbesondere an die Kirchen und die Friedensbewegung in Westeuropa, die Regierungen und Parlamente, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, ihre Stimme zu erheben und alle ihre Mittel einzusetzen, um Israel zur Einhaltung der internationalen Normen zu bewegen, insbesondere sich unmittelbar und ohne Bedingungen z.B. der Einhaltung einer Sicherheitszone, aus dem Libanon und den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Alle Akte, die eine faktische Annexion darstellen, sind sofort einzustellen.

VIII. Die Kommission begrüßt das Verhalten solcher israelischer Soldaten und Offiziere, die sich weigern, im Libanon oder in den 1967 besetzten Gebieten Dienst zu tun. Sie hofft weiterhin auf die Entwicklung demokratischer Gegenkräfte in Israel, die sich der offiziellen Politik der Regierung widersetzen.

Gerhard Stuby

Besatzerwillkür gegen die Palästinenser



I. Aufgabenstellung und Zusammensetzung der Mission

Im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Untersuchungsgegenstandes der Kommission wurde vom Sekretariat beschlossen, zur Vorbereitung der nächsten Kommissionssitzung in Bonn neben einer Fact-Finding-Mission in den Libanon auch eine solche nach Israel und in die besetzten Gebiete zu entsenden.

Die Delegation setzte sich aus folgenden Personen zusammen: Elli Mozora, Architektin, Nikosia/Zypern; Prof. Dr. Norman Paech, Professor für Völkerrecht und wissenschaftliche Politik an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg/BRD; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Professor für öffentliches Recht und wissenschaftliche Politik an der Universität Bremen/BRD.

Die Delegation hielt sich (vom 26. Februar bis 6. März 1985) an folgenden Orten in Israel und in den besetzten Gebieten auf: Tel Aviv, Haifa, Akka, Jerusalem, Nablus, Bethlehem, Hebron, Gaza-Streifen und Golan-Höhen-Gebiet. Sie führte zahlreiche Gespräche und Interviews mit Einzelpersonen und Vertretern privater und öffentlicher Organisationen, u.a. Liga für Bürger- und Menschenrechte in Israel, Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung, Mapam, Yesh Gvul („Es gibt eine Grenze“, Reservistentruppe, die sich gegen den Libanonkrieg wandte; d. Red.), Frauen gegen Besetzung, Redaktion von Al-Ittihad, Allgemeine Gewerkschaftsföderation in der Westbank, Nationales Leitungskomitee der In-

genieure, Bir-Zeit-Universität, Bethlehem-Universität.

Die Delegation beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Problemen: Israelische Siedlungspolitik, Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten und ihre Auswirkungen, Situation der Gewerkschaften, der palästinensischen Institutionen (Kommunalverwaltung, Gesundheitssystem, Universitäten), Praktiken der Besatzungspolitik, Gefängnisse.

II. Schlußfolgerungen

1. Israel ist als Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten verpflichtet, die Normen des internationalen Rechts einzuhalten, die für die Besetzung fremden Territoriums gelten. Diese sind in erster Linie die 4. Konvention von Genf von 1949, aber als Bestandteil des Völker-gewohnheitsrechtes auch die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung vom 18.10.1907.

Die Gegenargumente Israels können nicht akzeptiert werden, wie es in zahlreichen Erklärungen der zuständigen UNO-Gremien, aber auch von der überwiegenden Mehrheit der Staaten, darunter auch den USA und der Bundesrepublik Deutschland, festgestellt wurde. Das internationale Recht war daher auch der Prüfungsmaßstab der Mission.

2. Durch zahlreiche Gespräche mit kompetenten Vertretern palästinensi-

Weinende Palästinenserinnen der Westbank auf den Trümmern ihres Hauses, das die Besatzer zerstörten



scher und israelischer Organisationen, mit Einzelpersonlichkeiten, aber auch durch eigene Augenscheineinnahme, insbesondere in Hebron und Nablus, konnte sich die Delegation davon überzeugen, daß das israelische Siedlungsprogramm in der Westbank, im Gaza-Streifen und auf den Golan-Höhen unvermindert weitergeht.

Nach wie vor besteht z.B. in Hebron wegen der illegalen Besetzungen von Häusern im Stadtkern durch Siedler eine gespannte Situation. Die israelischen Behörden schützen mit dem falschen Argument der „Neutralität“ den ungesetzlichen Status quo. So wurde die Verlegung des Bustops durch Militärorder abgedeckt.

Durch die Besiedlung werden nicht militärische Sicherheitsmaßnahmen abgedeckt, selbst wenn man den Begriff militärische Sicherheit weit auslegt, sondern nicht oder nur schwer wieder rückgängig zu machende Fakten für die Vorbereitung einer Annexion gesetzt. Insbesondere der „Straßenplan“ ist – wie eine Analyse der Vereinigung „law in the service of man“, einer Filiale der internationalen Juristenkommission in Rhamallah, feststellt – ein Indiz für die regierungs-offizielle Absicht Israels, die besetzten Gebiete wirtschaftlich und demographisch voll in Israel zu integrieren.

Diese Maßnahmen Israels bilden ein ernstes Hindernis für jeden Ansatz einer friedlichen Lösung der palästinensischen Frage und damit des Nahostkonfliktes insgesamt.

3. Die Politik Israels in den besetzten Gebieten läuft darauf hinaus, bestehende Ansätze einer unabhängigen, palästinensischen Wirtschaftsstruktur zu zerstören und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Siedlungen eine völlig von Israel abhängige Wirtschaft aufzubauen. Alle Investitionen im landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssektor werden unterbunden, ebenso die



Erhaltung bzw. der Aufbau eines in diesem Zusammenhang wichtigen unabhängigen Bankensystems.

Selbst kommunale Aktivitäten, z.B. die Erhaltung des Elektrizitätssystems oder privater Hände im Gesundheitssektor wie Erhaltung der Hospitäler, wurden unterbunden. Auch Investitionen im Wohnungssektor, die bislang liberaler gehandhabt wurden, sind stärker kontrolliert und eingeschränkt.

Ein besonders schwerwiegendes Problem unter dem Gesichtspunkt der Respektierung der minimalsten wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte stellt die Behandlung der „Gastarbeiter“ aus den besetzten Gebieten in Israel selbst dar. Ohne gewerkschaftlichen Schutz und unter weitreichenden Diskriminierungen (Rückkehrzwang in die Westbank bzw. Gaza-Streifen usw.) werden sie weit unter dem Niveau der israelischen Arbeitnehmer rücksichtslos ausgebeutet. Zwar werden ihnen Sozialabgaben abgenommen, der israelische Staat behält sie aber ein, so daß sie sich als zusätzlicher Lohnabzug darstellen.

4. Nach wie vor jedem Respekt vor den primitivsten Menschenrechten widersprechend ist die Situation der 700.000 Flüchtlinge, insbesondere aber der 300.000 in den von der UNWRA (UNO-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge; d. Red.) betreuten Lager. Anstatt eine politische Lösung dieser Frage zu erleichtern, z.B. durch eine Bleibegarantie für diese Menschen zumindest in den besetzten Gebieten, verschärft Israel die Lage der Flüchtlinge durch Maßnahmen der Getthoisierung. So wurden z.B. im Lager Duheisha alle Eingänge verbarrikadiert.

Die Sprengung von Häusern, weil angeblich Waffen dort gefunden wurden, das Verbot des Wiederaufbaus oder des Baus neuer Häuser in den Lagern machen

nicht nur die Lage immer unerträglicher, sondern dies züchtet geradezu verzweigte Gegenreaktionen, vor allen Dingen Jugendlicher. Die drakonischen Strafen für Steinwerfen usw. tragen sicherlich nicht zur Milderung bei.

5. Die Unterdrückung nicht nur jeder politischen, sondern auch gewerkschaftlicher Tätigkeit in den besetzten Gebieten verschärft die Situation noch mehr. Kein Funktionär darf sich ohne das Placet der Militärbehörden betätigen, keine Versammlung ohne Genehmigung unter Vorlage des geplanten Redetextes stattfinden. Viele Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch gewählte, doch von den Militärbehörden abgesetzte Kommunalvertreter stehen unter Haus- bzw. Stadt-arrest.

6. Besonders gravierend sind die ständigen Eingriffe in das Leben der fünf Universitäten. Razzien, Verhaftungen unter Lehrpersonal und Studenten, Schließung über Monate, rigide Zensur der wissenschaftlichen Literatur usw. lassen eine normale Lehr- und Forschungstätigkeit kaum zu.

Gerade weil die Universitäten wichtige Knotenpunkte für die Erhaltung der kulturellen Identität des palästinensischen Volkes und die Pflege seiner Geschichte, aber auch die wissenschaftliche Arbeitsqualität seiner Jugend sind, wiegen diese Beschränkungen besonders schwer.

Sie zeigen aber auch die Stoßrichtung der israelischen Besatzungspolitik: den Überlebenswillen und die Überlebensmöglichkeit des palästinensischen Volkes zu zerstören.

7. Die Delegation konnte sich davon überzeugen, daß die Praktiken der israelischen Armee (andauernde Verhaftungen, wenn auch zum Teil nur für kurze Zeit ohne nachweislichen Grund, Razzien, ständige Straßenkontrollen, kollektive Ausgangssperren für ganze Ortschaften, Unterbinden des Verkehrs für bestimmte Zeiten in zu Sicherheitszonen erklärten Bereichen usw.) insgesamt ein Klima der Unsicherheit und Einschüchterung schaffen.

8. Ein besonderes Problem stellt die Situation in den Gefängnissen dar.

Hier verweist die Delegation auf den kürzlich erschienenen Bericht der internationalen Juristenkommission über das Gefängnis Fara wie auf den Bericht der Vereinigung „law in the service of man“ über das Gefängnis Jeneed hin. Die dort gemachten Feststellungen über die unmenschlichen Zustände und Praktiken wurden von Personen, die längere Zeit eingesperrt hatten – inzwischen ist einer von sechs Palästinensern schon im Gefängnis gewesen – vollauf bestätigt.

Gegen alle Normen des internationalen Rechtes befinden sich auch libanesische Staatsbürger in israelischen Gefängnissen.



Peter Gingold

Was jüdische Antifaschisten so betroffen macht



Das Schlußwort der Bonner Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission sprach Peter Gingold, einer der engagiertesten antizionistischen Juden der Bundesrepublik. Er bekämpfte auf deutschem Boden und während des 2. Weltkriegs in den Reihen des französischen Widerstands, der Resistance, den Hitlerfaschismus. Auf der Bonner Tagung re-präsentierte Peter Gingold die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) und die Internationale Föderation des Widerstands (FIR).

Ich empfinde es als eine Ehrung des antifaschistischen deutschen Widerstandes, daß ich gebeten wurde, zum Abschluß hier einige Worte zu sagen.

Die Berichte auf dieser Tagung gingen so unter die Haut, daß ich kaum in der Lage bin, zusammenfassend all das wiederzugeben, was ich empfunden habe. Gestattet mir dennoch, meinen Eindruck und meine Gefühle wiederzugeben.

Für mich waren die Berichte, die Schilderungen über das Märtyrertum des libanesischen und des palästinensischen Volkes umso erschütternder, als ich dies nachvollziehen kann – denn ich gehöre zu denen, die den Naziterror am eigenen Leib erlebt haben, die wissen, was Folter bedeutet, von der wir vor 40 Jahren befreit worden sind.

Im Bewußtsein der Überlebenden des Nazifaschismus ist die Erinnerung an Millionen Ermordete, Gepeinigte, Gequälte, in Arbeitssklaverei Geschundene, die Erinnerung an KZ, Folter, Getto, an die Zerstörung tausender Städte und Dörfer lebendig.

Wir haben überlebt mit dem Schwur, für eine Welt des Friedens und der Menschenrechte zu kämpfen. Am leidenschaftlichsten gelobten es die wenigen jüdischen Menschen, die die Befreiung vor 40 Jahren erleben konnten.

Was mich an den Berichten hier so betroffen macht, ist nicht so sehr, daß es jüdische Menschen gibt, die zu solch unmenschlichen Bestialitäten fähig sind. Warum soll es nicht auch im jüdisch-israelischen Volk Reaktionäre, Faschisten und Bestien geben? Es ist ein Volk wie jedes andere.

Nein, was mich so betroffen macht, ist die Tatsache, daß es eine jüdische Regie-

rung gibt, die Menschen anderer Völker verfolgt, und daß angesichts der eigenen entsetzlichen Erfahrungen der Juden diese nicht mit einem Aufschrei auf diese Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit antworten, dem Verbrechen Halt gebieten und dafür sorgen, daß kein Verbrechen ungesühnt bleibt.

Ich gehöre zu den ehemaligen jüdischen Widerstandskämpfern gegen den Nazifaschismus, die anlässlich der Aggression gegen den Libanon 1982 einen Protestbrief an die Knesset schickten. Darin heißt es so ungefähr nach dem Gedächtnis: Wir verwahren uns dagegen, daß die Regierung Israels ihren Krieg rechtfertigt, indem sie das Andenken an die vom Hitlerfaschismus Ermordeten mißbraucht; sie schändet damit die Märtyrer von Auschwitz und Treblinka. Der Tod vieler tausender Unschuldiger des libanesischen und palästinensischen Volkes schändet den Staat Israel wie Hitlergreuel das deutsche Volk mit Schande bedeckten.

Wir sind nicht antiisraelisch

Ich weiß, daß uns auf diese Anklage hin vorgeworfen wird, wir seien gegen Israel, wir seien antiisraelisch, wir seien antisemitisch – ein Vorwurf, den man mir selbst schwerlich machen kann.

Die Nazis hatten jeden deutschen antifaschistischen Widerstandskämpfer als antideutsch, als Volksfeind bezeichnet. In Wirklichkeit erwiesen sich die Nazis als die schlimmsten Feinde Deutschlands, die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes. Wir sind so wenig antiisraelisch wie wir damals antideutsch waren.

Wir repräsentieren das eigentliche Deutschland, so wie Frau Felicia Langer das andere, das humane Israel zeigte. Jemand wie sie müßte Ministerpräsidentin Israels sein. Sie hat uns auch daran erinnert, daß es in Israel eine Antikriegsbewegung gibt, mit der wir tief verbunden sind.

Wir Deutschen hier in der Bundesrepublik haben eine besondere Verpflichtung gegenüber dem libanesischen und dem palästinensischen Volk.

Denn in Wirklichkeit sind diese Opfer

des Hitlerfaschismus, den wir nicht verhindert haben. Denn es war Hitlerdeutschland, das Millionen Juden gezwungen hat, eine neue Heimat zu suchen – und von denen viele glaubten, diese in Palästina zu finden.

Wir wissen, daß die Regierenden der Bundesrepublik nicht nur nicht dieser Verpflichtung nachkommen, sondern daß sie im Gegenteil bisher jeden aggressiven Akt der israelischen Regierung unterstützten, zumindest durch stillschweigende Übereinstimmung und indem sie das weitverbreitete Schuldgefühl gegenüber den Juden mißbrauchten.

Wir aber werden dieser Verpflichtung nachkommen.

Das Wichtigste, was wir gegenwärtig hierzu leisten müssen, liegt darin, das Schweigen über die schrecklichen, entsetzlichen Fakten zu brechen, die auf dieser Tagung vorgetragen worden sind.

Gegenüber den Verbrechen der Nazis haben viele geschwiegen und sich dadurch mitschuldig gemacht.

Wir werden unsere Medien anprangern müssen, da sie Ähnliches wiederholen – und sich mitschuldig machen an den Verbrechen gegen das libanesischen und palästinensischen Volk, wenn sie weiterhin schweigen.

Unsere besondere Verpflichtung

Und vor allem werden wir diese Fakten in allen Bewegungen zur Kenntnis bringen – wir haben große Massenbewegungen – und vor allem der Friedensbewegung hier begreiflich machen, daß das Schicksal der beiden Völker, des Libanon und Palästinas unser Schicksal ist, daß der Friede in Nahost unser Friede ist, daß von dort aus der Weltbrand ausgehen kann, der unseren Planeten in eine leblose atomare Asche verwandelt.

Aus eigenem elementarem Friedensinteresse gehört der nationalen Befreiungsbewegung des libanesischen und des palästinensischen Volkes die ganze Solidarität. Aus diesem eigenem elementarem Friedensinteresse gehört die ganze Solidarität dem Befreiungskampf des libanesischen und des palästinensischen Volkes.

Hilfsprojekt

Um Mithilfe beim Aufbau eines Mutter- und Kinderschutz-Zentrums der Libanesischen Volkshilfe in Tyrus bittet das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK).

Das vorgesehene Zentrum umfaßt 14 Ortschaften, in denen fast 70.000 Einwohner leben. In der Region, in der sich das Zentrum befindet, sind weder Krankenhäuser noch Sanitätsstellen vorhanden. Nur zwei Polikliniken, die aufgrund der Unterstützung der Bevölkerung arbeiten, versuchen, den dringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden. Diese Polikliniken sind nur einmal in der Woche geöffnet, und der Arzt steht nur 2 Stunden pro Woche zur Verfügung.

Das Ziel des Zentrums ist es, die Frau ständig zu betreuen, medizinische Überwachung während der Schwangerschaft sowie optimale Bedingungen für die Geburt zu gewährleisten, ebenso wie Grundlagen für Präventivmedizin (Vorbeugung) zu schaffen und die Betreuung von Neugeborenen zu sichern.

Das Zentrum stellt sich ferner die Aufgabe, die Bevölkerung der Umgebung zu versorgen, und sie in die Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung und in die Entwicklung der medizinischen Versorgung in Schulen einzubeziehen. Die Abteilungen für Gynäkologie und Kinderheilkunde sollen u.a. einen Kreißsaal, einen Operationssaal, 16 Zimmer, eine Kinderkrippe, ein Labor, einen Röntgenraum und eine Apotheke umfassen. Der Kostenvoranschlag für das Bauvorhaben beträgt 1.875.000 Libanesischer Pfund (LL, 1 LL = 0,35 DM).

Das ASK bittet um Spenden für das Projekt auf: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgiriomat Frankfurt/M., Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Libanon-Hilfe“.

Filme

„Why?“

BRD/Libanon 1982, Produktion: Monika Maurer/Palästinensischer Roter Halbmond, Dokumentarfilm, 26 Minuten, UNIDOC-Filmverleih, Braunschweigerstr. 20, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231-8380147

Dieser Dokumentarfilm über die monatelange Belagerung von Beirut im Sommer 1982 zeigt sehr eindringlich das brutale Vorgehen der israelischen Armee vor allem gegen soziale Einrichtungen und die Zivilbevölkerung sowie den Einsatz international geächteter Waffen.

„Geboren aus dem Tod“

Dokumentarfilm, BRD 1981, Produktion: Monika Maurer/PLO-Information, Regie: Monika Maurer, Farbe, Lichtton, 9 Minuten, 16 mm, UNIDOC

Ganz auf Emotionen abgestellt, aber ohne Polemik ist der Film „Geboren aus dem Tod“. In erschütternden Berichten, sparsam kommentiert, erzählt er von einem israelischen Luftangriff auf die Zivilbevölkerung Beiruts, bei dem aus dem Leib einer tödlich getroffenen Frau deren Kind fast unversehrt entbunden wird. Man taufte es „Palästina“.

„Im Zeugenstand: Felicia Langer, Rechtsanwältin in Israel, Angaben zu Person und Beruf“ BRD/Israel 1980, Magnetton, 34 Minuten, CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421-540012

Ein Dokumentarfilm über Felicia Langer, einer wenigen israelischen Anwältin, die palästinensische Anklage vor zivilen und militärischen Instanzen verteidigen.

Dia-Serie

Dia-Serie „Die palästinensische Odyssee“; hrsg. von der UNO-Hilfsorganisation UNRWA, 60 Dias, Tonkassette (besonders zum Einsatz in Bildungseinrichtungen geeignet), 30,- DM

Bücher/Broschüren

Das bislang faktenreichste Material über die mit dem Libanonkrieg 1982 eingeleiteten Kriegsverbrechen und Besatzerpraktiken Israels liegt vor mit der

Broschüre „Die israelische Aggression gegen den Libanon und ihre Folgen. Augenzeugenberichte und Untersuchungsergebnisse“, Hsg. ASK, Frankfurt 1984, 72 S., 4,80 DM.

Sie enthält die Dokumente der Internationalen Libanon-Untersuchungskommission von 1982 und 1983 sowie Beiträge zum Massaker von Sabra und Schatila und zum israelischen Kahane-Report (1983).



Einen Einstieg in die libanesischen Innenentwicklung, die Kriege 1975/76, 1978 und 1982 und den israelischen Interventionismus auf verhältnismäßig engem Raum vermitteln:

Walter Hollstein, Vettern und Feinde. Der Palästina/Israel-Konflikt, Basel 1983, 151-168 S., 18 DM

Wolfram Brönner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt 1979, S. 193ff., 11,20 DM

Karam Khella, Der israelisch-arabische Konflikt – Über Krieg und Frieden im Nahen Osten. Der israelische Krieg gegen den Libanon..., Hamburg 1982, S. 42-165, 13,80 DM.

Das dahinterstehende Interventionskonzept der herrschenden Kreise Israels gegenüber dem Libanon ist nachzulesen in einer Studie, die sich vornehmlich auf Tagebuchnotizen des ehemaligen Premierministers Moshe Sharett aus den 50er Jahren stützt:

Livia Rokach, Israels heiliger Terror. Mit einer Einführung von Noam Chomsky, Pflungstadt 1982, 128 Seiten, 14 DM.

Die Vorzugsrolle Bonns in der aktuellen Interventionsstrategie der USA und NATO in Nahost ist Gegenstand der

Broschüre „Die Rolle der Bundesrepublik beim US-Aufmarsch gegen den Nahen Osten“, hrsg. vom Bundestreffen der Palästina-, Libanon-, Nahost-Komitees, Frankfurt 1984, 28 S., 1,- DM.

Die Autoren J. Lang, K.D. Fischer, A. Stiefens und I. Lübben-Pistofidis arbeiten minutiös heraus, welchen Standort die BRD bei der Erweiterung des NATO-Einsatzgebietes in Richtung Ölregion einnimmt. Untersucht und ausgiebig belegt werden die Entfaltung der bundesdeutschen Waffenexporte und Wirt-

schaftsbeziehungen. Der Ausbau der BRD zur Transitstelle für die US-Interventionstruppen auf dem Weg zum Golf und der vereitelte „Probelauf“ der Bundeswehr im Libanon sind weitere Themen.

Eine hervorragende Studie zur Geschichte und dem aktuellen Stand der bundesdeutschen Nahostpolitik liegt vor mit

Kenneth M. Lewan, Sühne oder Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Ottawa 1984, 152 S., 9,80 DM.

Im ersten Teil des Buches umreißt Prof. Lewan die Bausteine des Staates Israel: Araber im Judenstaat, zionistisches Siedlungskonzept, Vorgehen gegen die PLO, Besatzungspolitik, zionistische Ideologie und Parteien. Sodann wird der Frage nachgegangen, was aktuell von den USA und der Reagan-Administration zu erwarten ist, wobei die Erfahrungen des Libanonkrieges 1982 verarbeitet sind.

Im zweiten Teil des Buches legt Lewan detailliert die Grundlagen und Besonderheiten der Bonner Nahost- und Israelpolitik dar, darunter die vielstrapazierte Schuldfrage und die Wiedergutmachungszahlungen an Tel Aviv. Abschließend entwirft der Autor ein Alternativbild für eine neue BRD-Nahostpolitik, die aktiv und eigenständig zu einer politischen Lösung des Nahostkonflikts beizutragen vermöchte.

Abgesehen von den etwas zu kurz gekommenen Wirtschaftsinteressen der BRD/EG ist Lewans jüngstes Buch für jeden Nahost-Interessenten als Pflichtlektüre zu empfehlen, seine Alternativskizze als eine ideale Diskussionsgrundlage anzusehen.

Bestellungen der erwähnten Buch-/Broschürentitel bei: Das arabische Buch, Wundstr. 13-15, 1000 Berlin 19 oder Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-778863.

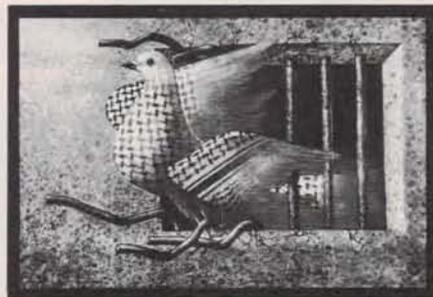
Beim Solidaritätsshop erhältlich sind auch die Libanon/Nahost-Materialien:

Plakate, Postkarten, Kufia

Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkuti, s/w, 6,- DM

Postkarte mit Motiv des palästinensischen Künstlers Burhan Karkuti: „Geburt eines palästinensischen Kindes“, s/w, 0,30 DM

Palästinensisches Tuch „Kufia“ rot-weiß oder schwarz-weiß, 12,- DM



Kunstdruck-Plakat „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“, Gemälde von Suliman Mansour, mehrfarbig, DIN A 2, 10,- DM

Eindruckplakat „Israel raus aus Libanon“, Fotomotiv, s/w, DIN A 2, 1,50 DM

Poster „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“, vielfarbiges Gemälde von Suliman Mansour, Hochglanzpapier, DIN A 1, 10,- DM

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Ruth Weiss/Hans Mayer
Afrika den Europäern
224 S., Großformat, Peter Hammer
(nur für 2 Neuabonnenten!)



Ernesto Che Guevara
Der neue Mensch
176 S., Weltkreis

Weitere Buchprämiolen sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk